



## Pflegende verdienen die allergrößte Anerkennung!

Bundesministerin Kristina Schröder im Interview  
S. 14

NRW-Wahlnachlese  
S. 8

Initiativen zum Sonntagsschutz  
S. 10

# GENERIKA

## MACHEN GESUNDHEIT BEZAHLBAR



Medizinische Versorgung muss auch in Zukunft bezahlbar bleiben. Generika sind dazu unverzichtbar. Als patentfreie Arzneimittel bieten sie den gleichen Wirkstoff und die gleiche Wirkung zum Bruchteil des Preises eines patentierten Produktes.

### Hohe Wertschöpfung in Deutschland

Heute beträgt der Generika-Anteil des deutschen Arzneimittelmarktes 63 Prozent. Ein Spitzenwert auch im weltweiten Vergleich. Die hohe Wertschöpfung entwicklungsstarker deutscher Generika-Anbieter muss erhalten bleiben.

### Zukunft sichern für den Standort Deutschland

Der Generika-Standort Deutschland braucht deshalb auch für die Zukunft ein funktionierendes Marktumfeld:

verlässliche Rahmenbedingungen, freien Marktzutritt und Abbau des Regulierungsdickichts.

Als eines der führenden deutschen Generika-Unternehmen steht die STADA Arzneimittel AG für den Standort Deutschland ein. So versorgen hier STADA-Tochtergesellschaften deutsche Patienten mit insgesamt über 100 Millionen Packungen kostengünstiger Arzneimittel. Ein gewichtiger Beitrag zu einem gesunden Gesundheitssystem, den wir auch künftig leisten wollen.



Mehr Information unter [www.stada.de](http://www.stada.de).

**STADA**  
Arzneimittel

## Tarifpartner sollen den Ton angeben!

Der deutschen Volkswirtschaft hat die Lohnfindung durch die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber stets genutzt. Sowohl in guten als auch in weniger guten Konjunkturzyklen fein orientiert an den Situationen in den jeweiligen Branchen. Politik und Gesellschaft sollten diese beachtliche Leistung respektieren.

Hierzu gehört auch das Recht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Tarifverträge für allgemein verbindlich erklären zu lassen bzw. die Einbindung in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz zu verlangen. Die Politik ist zur Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft klug beraten, wenn sie dieses Wollen der Tarifpartner umsetzt. Das ist allemal besser als die ewige Debatte über gesetzliche Mindestlöhne.

Der liberale Koalitionspartner tut sich in diesem Politikfeld schwer und sperrt sich gegen dieses vernünftige Element der sozialen Marktordnung. Am Beispiel des Mindestlohnes im Bereich Pflege wird die Sinnhaftigkeit dieses Instruments besonders deutlich. Die Gründe für einen gerechten Lohn in der für unsere Gesellschaft so wichtigen Branche liegen auf der Hand. Bei ordentlicher Bezahlung gibt es keinen Verlagerungsdruck in Billiglohnländer. Aus der Pflegeversicherung werden gleiche Leistungen für den pflegebedingten Mehraufwand in Ost und West gewährt. Pflegegesetze werden unter Offenlegung der Kosten ermittelt und verhandelt. Die durch die Pflegekommission ver-

einbarte und allgemein verbindlich festgelegte Lohnuntergrenze wirkt somit einem Unterbietungswettbewerb der Löhne entgegen.

Die Dienst- und Arbeitgeber in der Pflege, die Gewerkschaften und die Mitarbeitervertretungen haben per einstimmigem Votum die Lohnuntergrenze im Pflegesektor ermittelt. Trotzdem meldete das FDP-geführte Wirtschaftsministerium wieder alle möglichen Bedenken an. Besonders bemerkenswert daran ist, dass es sich um die gleiche FDP handelt, die bei der Gebührenordnung für Anwälte oder Architekten, Zahnärzte oder Fachingenieure keinerlei Bedenken für verbindliche Regelungen hat. Sofern FDP-affine Wählergruppen vermutet werden können, verflüchtigen sich die Befürchtungen des amtierenden Wirtschaftsministers.

Dabei brauchen wir den Pflegemindestlohn. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes Pflege, Thomas Greiner, erklärte, der Mindestlohn helfe allen: „...den ungelernten Pflegehilfskräften, weil sie einen fairen Lohn erhalten; den Unternehmen, weil ein maßvoller Mindestlohn vereinbart worden ist, der keine Arbeitsplätze gefährdet; und den Sozialversicherungspflichtigen, weil die Pflege in Deutschland bezahlbar bleibt.“

Am 11.3.2008 hatte die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bischöfe Huber und Zollitsch angeschrieben



und um einen Vorschlag gebeten, wie ein Mindestlohn in der Pflege mit Blick auf kirchenrechtliche Besonderheiten realisiert werden könne.

Dem einstimmigen Beschluss der Pflegekommission auf einen Mindestlohn gehen 2 Jahre Vorlaufzeit und 6 Monate Verhandlungen voraus. Solche positiven Erfahrungen dürfen künftig nicht durch sachfremde und marktradikale Erwägungen torpediert werden. Deshalb ist es nur vernünftig, dass Wirtschaftsminister Brüderle nach langwierigen Verhandlungen mit Bundesarbeitsministerin von der Leyen seinen Widerstand gegen die Lohnuntergrenze aufgegeben hat. Einer zügigen Umsetzung des Mindestlohnes steht damit nichts mehr im Wege.

**Willi Zylajew MdB**

## PRISMA



**Bildung für alle!**  
Kampagne zur  
Fußballweltmeisterschaft S.6

**Betriebsrat bringt es!**  
Studie der Hans-Böckler Stiftung S.6

**Neuanfang statt Niedergang**  
Die Zukunft der Mitgliederparteien  
Ein Lektüretipp S.7

## TITEL



**Dokumentation**  
Pflegealltag in einem Pflegeheim S.12

**Interview**  
Bundesministerin Schröder zur  
Familienpflegezeit S. 14

**Themensplitter**  
Leiharbeit in der Pflege, Mindest-  
lohn im Pflegebereich, Verkürzung  
des Zivildiensts S. 16

**Besuch**  
Bundesministerin Schröder  
stellt ihre Konzepte in der  
Arbeitnehmergruppe vor S. 17

## POLITIK



**NRW-Wahlnachlese** S.8

**Sonntagsschutz**  
Aufnahme in die EU-  
Arbeitszeitrichtlinie S.10

**Interview**  
Theo Zwanziger zur Bedeutung des  
Sports S.18

**Finanzmarktkrise**  
Zeit für ein Zwischenfazit S.23

**Beschäftigungschancengesetz**  
S.24

## IMPRESSUM

**Herausgeber**  
CDA Deutschlands  
Oranienburger Str. 65  
10117 Berlin

**Redaktion:**  
Dr. Markus Gloe (V.i.S.d.P.),  
Telefon: 030/922511-194  
Telefax: 030/922511-2194  
E-Mail: mgloe@cda-verlag.de

**Gestaltung**  
iconate Gesellschaft für  
Kommunikation und Medien mbH

**Anzeigen**  
Telefon: 030/92 25 11-195  
E-Mail: anzeigen@soziale-ordnung.de  
Website: www.soziale-ordnung.de

**Fotos**  
Brok; Gloe; Stockxpert; istockphoto.com;  
Bundesministerium für Familie, Senioren,

Frauen und Jugend / L. Chaperon; IG Metall, CDA NRW, CDU NRW, CDU Aachen, CDU Oberberg, CDU Steinfurt, CDU Warendorf, CDU Siegen-Wittgenstein, DGB, Care Deutschland-Luxemburg e.V., privat

**Titel** istockphoto.com

Die Ausgaben erscheinen in unregelmäßigen Abständen sechsmal im Jahr. Namensartikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

REPORTAGE



**Namaste, Nepal!**

Kinderarbeit auf dem Dach der Welt S.20

CDA INTERN



**Sozialpolitik in der Bewährung**  
Jahrestagung des Stegerwald-Bundes S.25

**Aktionen zum EqualPayDay** S.26  
**Geburtstage**  
Scharrenbroich und Enneper werden 70 Jahre und Regina Görner 60 Jahre jung S.27

**WieSO!? – Der persönliche Fragebogen**  
Heute: Alexander Krauß S.31

**Preis**

Abonnement: 25,60 €, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Derzeit gültige Anzeigen-Preisliste vom 1. Januar 2010.

**Druck** Heider Druck GmbH

**Mitgliederservice**

Telefon: 030/92 25 11-120  
Telefax: 030/92 25 11-2110  
E-Mail: [mitgliederservice@cda-bund.de](mailto:mitgliederservice@cda-bund.de)

**Verlag**

CDA-Verlagsgesellschaft mbH, Berlin

**Geschäftsführer**

Dr. Markus Gloe

**Martin Kamp verlässt nach vier Jahren die CDA-Hauptgeschäftsstelle**

**DANKE!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach mehr als viereinhalb Jahren habe ich meine Tätigkeit als Hauptgeschäftsführer der CDA Deutschlands am 31. Mai beendet, um eine neue Aufgabe im Berliner Büro der IG Metall zu übernehmen. Mir hat meine Arbeit für die CDA viel Spaß gemacht und ich freue mich über politische Erfolge, die die Sozialausschüsse in den vergangenen Jahren unter Führung ihres Bundesvorsitzenden erreicht haben – von den Korrekturen bei Hartz IV bis zum Kampf gegen Altersarmut. Allen, mit denen ich zusammenarbeiten durfte, danke ich. Stellvertretend für alle nenne ich Karl-Josef Laumann, dem ich ganz besonders dankbar bin, und das Team der Hauptgeschäftsstelle.



Mit dem Ende meiner hauptamtlichen Tätigkeit bei der CDA endet nicht mein Engagement für die christlich-soziale Idee. Persönlich liegen mir die Kampagne „**kind.gerecht.**“, der Einsatz für Entwicklungszusammenarbeit, Menschenrechte und menschenwürdige Arbeit weltweit besonders am Herzen.

Beruflich freue ich mich auf eine neue, spannende Aufgabe bei der IG Metall. Ich fände es schön, wenn ich mit möglichst vielen von Euch in Kontakt bleiben könnte. Bei dienstlichen Anliegen erreicht Ihr mich unter [martin.kamp@igmetall.de](mailto:martin.kamp@igmetall.de), meine private Mail-Adresse lautet: [martin.kamp@berlin.de](mailto:martin.kamp@berlin.de)  
Bis bald!

**Euer Martin Kamp**

**KAMPAGNE****1GOAL –  
Bildung für alle!**

„1GOAL – Bildung für alle!“ ist die Kampagne zur Fußballweltmeisterschaft 2010. Sie hat das Ziel, weltweit 30 Millionen Stimmen und Unterschriften für bessere Bildungschancen in armen Ländern zu sammeln. 1GOAL wurde von der Global Campaign for Education, einem Bündnis von Entwicklungsorganisationen und Bildungsgewerkschaften in mehr als 120 Ländern, mit Unterstützung der FIFA ins Leben gerufen. „In diesem Sommer werden alle Augen auf Südafrika ge-

richtet sein. Mit 1GOAL wollen wir die weltweite Aufmerksamkeit auf die Herausforderungen im Bereich Bildung lenken. Denn noch immer können 72 Millionen Kinder nicht zur Schule gehen. Reiche Länder wie Deutschland haben den armen Ländern versprochen, sie bei der Finanzierung von „Bildung für alle“ zu unterstützen. Mit 1GOAL fordern wir von den Regierungen in Nord und Süd die Einhaltung ihres Versprechens, allen Kindern weltweit eine Grundbildung zu ermöglichen“, so Jörn Kalinski, Sprecher der globalen Bildungskampagne. Weitere Informationen unter:

- > [www.join1goal.com](http://www.join1goal.com) und
- > [www.bildungskampagne.org](http://www.bildungskampagne.org) ■

**STUDIE****Betriebsrat bringt es!**

Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung belegt, dass in Betrieben mit Betriebsräten und Tarifbindung Konflikte zur Arbeitszeitgestaltung

am besten gelöst werden. Im Vergleich zu Betrieben ohne Mitbestimmung oder Tarifvertrag seien die individuellen Arbeitszeiten der Beschäftigten deutlich kürzer. Gleichzeitig sei aber die produktive Zeit in der Woche höher. ■

**AUSBILDUNGSPLÄTZE****Lehrstellen =  
Leerstellen?**

10.000 Lehrstellen blieben nach Angaben des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) im vergangenen Jahr unbesetzt. Auch in diesem Jahr sei mit einer ähnlich großen Lücke zu rechnen. Angesichts der sinkenden Schulabgängerzahlen warnt das Handwerk vor einem wachsenden Mangel an Fachkräften. Laut einer DIHK-Studie konnte jeder fünfte Betrieb in Deutschland nicht alle Ausbildungsplätze im Krisenjahr 2009 besetzen. Bei rund 220.000 Ausbildungsbetrieben in Industrie, Handel und Dienstleistungen bedeutet dies – so die DIHK –, dass geschätzt rund 50.000 Ausbildungsplätze unbesetzt blieben. Neben dem demografischen Wandel sei die mangelnde Ausbildungsreife vieler Schulabgänger ein großes Problem bei der Stellenbesetzung. In einem Interview in der Südwest Presse verweist die stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende Ingrid Sehrbrock dagegen darauf, dass es seit Jahren insgesamt etwa 300.000 Altbewerber für Ausbildungsplätze gebe, die sich schon mehrfach beworben hätten. Das Problem sei in den letzten Jahren kleingerechnet worden. Dies nehme den Druck von den Verantwortlichen und frustriere Jugendliche, die sich vergeblich bewerben. ■

## LEKTÜRETIPP

## „Neuanfang statt Niedergang – Die Zukunft der Mitgliederparteien“

Als einer der Herausgeber geht das CDA-Mitglied Fabian Schalt in diesem Buch der Frage nach, welche Zukunft die Parteien in Deutschland haben? 60 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland sind die Parteien nach wie vor tragende Säulen des politischen Systems. Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik hätte ohne ihre demokratischen Parteien ganz gewiss nicht geschrieben werden können. Aber die Rahmenbedingungen haben sich enorm verändert: Mitgliederschwund, Vertrauensverlust und Politikverdrossenheit kennzeichnen die Lage der Parteien zu Beginn des 21.

Jahrhunderts. Wie sehen die Perspektiven der Parteien für die Zukunft aus? Niedergang oder Neuanfang? Die Herausgeber wollen keinen weiteren Beitrag zur immer wiederkehrenden Niedergangsdebatte um die Parteien leisten, sondern formulieren mit „Die Zukunft der Mitgliederparteien“ bewusst eine Gegenposition. Jedem der vier Kapitel – Wandel von der Parteien- zur Mediendemokratie, Professionalisierung der Politikvermittlung, Parteienorganisation im Wandel und Kampagnenfähigkeit politischer Parteien – ist einleitend eine Fragestellung vorangestellt, die

jeweils von den Bundesgeschäftsstellen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/ Die Grünen sowie von der Landesgeschäftsstelle der CSU beantwortet worden ist. Es folgen anschließend Diskussionsbeiträge von rund 30 Autoren, zum einen Parteienforscher aus unterschiedlichen Denkschulen, aber auch ehemalige und aktive Politiker wie Bernhard Vogel oder Armin Laschet.



Politische Parteien in Europa, Bd. 4, 520 S., 44,90 €, br, ISBN 3-8258-1684-1 ■

## GESPRÄCHE

### Arbeitnehmergruppe trifft IGBCE-Chef Michael Vassiliadis

In der Verbindungsstelle der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE) in Berlin trafen sich im Mai der Vorsitzende der IGBCE Michael Vassiliadis, der beamtete Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales Gerd Hoofe sowie Mitglieder der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDA, um die gute Tradition des Austauschs fortzusetzen. Es entstand eine anregende Diskussion über Themen der Industrie- und Innovationspolitik sowie Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Vassiliadis skizzierte in seiner Tischrede die eigenen Schwerpunkte. Die

Arbeitswelt in seiner Branche stehe unter dem Druck der Veränderungen in den Absatzmärkten – nicht zuletzt in Fernost und Nordamerika. Um den Stand zu halten, müsse man sich neuen Technologien öffnen, neue Chancen und Märkte erkennen. Er beschrieb die Weiterentwicklung des Sozialstaats, der allen Menschen ein Leben in Würde garantiere und auf Tarifautonomie, Mitbestimmung und Sozialversicherungen aufbaue, die allen Beitragszahlern ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Peter Weiß, der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, dankte für die Einladung und betonte vor allem die



Gemeinsamkeiten zwischen den Positionen. Karl Schiewerling erläuterte die Positionen zur Arbeitsmarktpolitik, insbesondere zum Komplex der Leiharbeit. Willi Zylajew skizzierte die Entwicklungen in der Gesundheitspolitik und Uwe Schummer gab einen Ausblick auf die Entwicklungen in der Bildungspolitik. ■

## Jetzt braucht Nordrhein-Westfalen Stabilität NRW-Wahlnachlese



Insgesamt 13,5 Millionen Wahlberechtigte waren am 9. Mai aufgerufen, das Parlament im bevölkerungsreichsten Bundesland zu wählen. Rheinländer, Westfalen und Lipper erlebten dabei eine Premiere, da sie zum ersten Mal mit zwei Stimmen wählen durften. Der deutliche Vorsprung in den Umfragen, den CDU und FDP noch zu Jahresbeginn erreicht hatte, war im Laufe des ersten Quartals 2010 dahingeschmolzen. Dass es knapp werden würde, war wohl allen bewusst.

Als um 18 Uhr die erste Prognose über die Bildschirme flimmerte, machte sich in der CDU-Parteizentrale Entsetzen breit. Mit so einem katastrophalen Ergebnis hatte letztlich niemand gerechnet. Kaum einer fand sich bereit, dieses Ergebnis spontan vor laufenden Kameras zu kommentieren. Es dauerte schließlich bis 2.30 Uhr, bis das amtliche Endergebnis feststand, da in einigen Wahlkreisen mehrfach ausgezählt werden musste. Die CDU blieb mit 6.200 Stimmen Vorsprung vor

der SPD stärkste Partei und erreichte 34,6%. Da tröstete es am Wahlabend nur wenige, dass auch die SPD 2,6% eingebüßt und damit fast 400.000 Wählerstimmen verloren hatte. Die Sozialdemokratie erreichte mit 34,5% auch das schlechteste Wahlergebnis seit 1954. Die Verluste der CDU von knapp 1 Million Wählerstimmen schmerzten sehr. Vor allem an das Lager der Nichtwähler hatte die CDU 330.000 Stimmen verloren.

Die Ursachen dafür waren vielfältig: Sicherlich hatten auch Vorgänge, die sich in Düsseldorf abgespielt haben, Einfluss auf das Wahlergebnis. Aber gerade die CDA in Nordrhein-Westfalen hat einen äußerst engagierten Wahlkampf geführt. Die sozialpolitischen Empfindungen waren ein voller Erfolg, die Wahlsonderausgabe der Sozialen Ordnung fand großen Anklang, die Landestagung der CDA Nordrhein-Westfalens fand ein breites Medienecho und dem Wahlauftritt von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern für Jürgen Rüttgers und Karl-Josef Laumann folgten zahlreiche prominente Erstunterzeichner.

Zum anderen hat vor allem auch die Bilanz der christlich-liberalen Regierung im Bund zu einer Denkmittelstimmung bei den Wählerinnen und Wählern beigetragen. Die Koalition in Berlin zeigte keine geschlossene Handlungsfähigkeit, sie hielt sich mit Nebensächlichkeiten auf und verpasste es durch entschlossenes Handeln, nötigen Rückenwind für

Nordrhein-Westfalen zu geben. Die Griechenland-Problematik überlagerte im Schlussspurt des Wahlkampfes alle Landesthemen. Die gute Arbeit und die positive Regierungsbilanz der christlich-liberalen Regierung in Düsseldorf hat im Wahlkampf leider kaum mehr eine Rolle gespielt.

Nachdem die Wahl gelaufen ist, muss möglichst schnell eine handlungsfähige Regierung her. Da die FDP einer Ampel und einer Jamaika-Koalition eine klare Absage erteilt hat, kommt letztlich nur eine große Koalition unter Führung der CDU infrage. Hannelore Kraft hatte im Wahlkampf landauf- und landab die Linkspartei als weder koalitions- noch regierungsfähig bezeichnet. Was soll sich daran durch den Wahlabend verändert haben? Spielchen mit „Oskars Schmuttelkindern“ sind in dieser Zeit nicht angebracht. Es war letztlich aber die einzige Chance für Kraft, Ministerpräsidentin zu werden. Es als ein unverbindliches Abtasten aus der Not heraus, weil die FDP sich zeitgleichen Gesprächen verweigerte, abzutun, ist wenig überzeugend. Die Erkenntnis, dass die Linkspartei nicht koalitions- und regierungsfähig, sondern extremistisch ist, hätte die SPD auch schon vorher gewinnen können. Auch die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen neigen eher einer großen Koalition zu. Mit der Bildung einer großen Koalition unter der Führung der CDU werden jetzt stabile Verhältnisse für Nordrhein-Westfalen möglich.

Den (neu) gewählten Abgeordneten aus den Reihen der CDA wünschen wir für die kommende Legislaturperiode viel Erfolg. ■

## Die neu gewählten Abgeordneten der Arbeitnehmergruppe CDA im Landtag von Nordrhein-Westfalen



**Peter Biesenbach**  
(Oberbergischer  
Kreis I)



**Astrid Margarete  
Elisabeth Birkhahn**  
(Warendorf I)



**Rainer Eberhard  
Deppe** (Rhein.-Ber-  
gischer-Kreis II)



**Ursula Doppmeier**  
(Gütersloh II)



**Wolfgang Andreas  
Exler** (Märkischer  
Kreis II)



**Gregor Golland**  
(Rhein-Erft-Kreis III)



**Josef Franz  
Hovenjürgen**  
(Recklinghausen IV)



**Werner Jostmeier**  
(Coesfeld II)



**Klaus Kaiser** (Hoch-  
sauerlandkreis I)



**Jens Kamieth**  
(Siegen-Wittgenstein I)



**Hubert Kleff** (Hoch-  
sauerlandkreis II)



**Rita Klöpfer**  
(Rhein-Erft-Kreis II)



**Andreas Kraut-  
scheid** (Rhein-Sieg-  
Kreis I)



**Theodor Kruse**  
(Olpe)



**Manfred Kuhmi-  
chel** (Essen IV)



**Armin Laschet**  
(Aachen II)



**Karl-Josef Laumann**  
(Steinfurt II)



**Manfred Palmén**  
(Kleve II)



**Norbert Post**  
(Mönchengladbach II)



**Peter Preuß**  
(Düsseldorf IV)



**Bernhard Recker**  
(Warendorf II)



**Jürgen Rüttgers**  
(Rhein-Erft-Kreis I)



**Winfried Schittges**  
(Krefeld II)



**Rolf Seel** (Düren  
II – Euskirchen II)



**Michael-Ezzo Solf**  
(Rhein-Sieg-Kreis IV)



**Bernhard Tenhum-  
berg** (Borken II)



**Eckhard Uhlen-  
berg** (Soest I)



**Ilka Maria von  
Boeselager** (Rhein-  
Sieg-Kreis III)



**Stefan Wiedon**  
(Düsseldorf III)



**Wilhelm Wimmer**  
(Rhein-Kreis Neuss II)

## Nehmt den arbeitsfreien Sonntag in die Arbeitszeitrichtlinie auf!



Als Hauptredner lobt der neue EU-Sozialkommissar László Andor die Initiative von Thomas Mann: „Diese große Konferenz kommt zur richtigen Zeit!“

Am 24. März 2010 fand die erste europäische Konferenz zum Schutz des arbeitsfreien Sonntags statt. Unter der Federführung von Thomas Mann, dem Vizepräsidenten im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments (EP), trafen sich 72 Organisationen aus der Europäischen Union, darunter die katholische und evangelische Kirche, dazu 24 Verbände der Zivilgesellschaft wie die Konrad-Adenauer-Stiftung sowie 35 Gewerkschaften wie DGB, ÖGB und ver.di. Noch nie beteiligten sich so viele Organisationen an einer einzigen Konferenz im EP.

Über 400 Teilnehmer reisten an; fast 40 Journalisten berichteten. Die Konferenz appellierte an die Staats- und Regierungschefs, den EU-Bürgern

das Recht auf einen arbeitsfreien Sonntag zu sichern.

In seiner Eröffnungsrede unterstrich Thomas Mann die Bedeutung des arbeitsfreien Tages für die Gesundheit der Arbeitnehmer, die gesamte Familie und den sozialen, kulturellen und spirituellen Lebensbereich des Einzelnen. Er erinnerte an das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Öffnung von Geschäften in Berlin an allen vier Adventssonntagen: Diese sei ein Verstoß gegen den Sonntagsschutz.



Von der Europäischen Kommission forderte er eine Gesetzesinitiative, um den arbeitsfreien Sonntag in die EU-Arbeitszeitrichtlinie zu integrieren. Redner der Konferenz waren u.a. die DGB-Vize-Bundvorsitzende Ingrid Sehrbrock, der Arbeitspsychologe Prof. Dr. Friedhelm Nachreiner, der österreichische Diözesan-Bischof Dr. Ludwig Schwarz und die KAB-Präsidentin Birgit Zenker. Abgeordnete aller Fraktionen im EP schlossen sich den Forderungen der europäischen Initiative an.

Der neue EU-Kommissar für Beschäftigung und Soziales, László Andor aus Ungarn, wertete die hohe Präsenz beim Kongress als ein wichtiges politisches Signal. Er sagte, dass dieses Thema zur richtigen Zeit gekommen sei. Denn am gleichen Tag wurde das Konsultationsverfahren zur Arbeitszeitrichtlinie eröffnet – mit den Vertretern der Gewerkschaften und Arbeitgeber. Andor betonte, dass die EU-Kommission aufgrund der hohen Unzufriedenheit in der Geschäftswelt und bei den Arbeitnehmerern Handlungsbedarf sehe. ■

Thomas Mann MdEP

### Konferenzstimmen



Die stellvertretende Vorsitzende des DGB und der CDA, **Ingrid Sehrbrock**, unterstrich: „Es gibt einen entscheidenden Unterschied

zwischen einem Sonntag und jedem anderen arbeitsfreien Tag. Sonntags haben wir die einzigartige Möglichkeit, uns auszuruhen sowie mit unseren Familien und Freunden Zeit zu verbringen. Deshalb müssen wir diesen besonderen Tag gegen den Plan des allzeit verfügbaren Arbeitnehmers verteidigen. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die Mitglieder der Europäischen Kommission sollten gemeinsam mit uns dafür kämpfen, den Sonntag als den Tag der Ruhe, Erholung und des Gottesdienstes für alle EU-Bürger zu erhalten.“ ■



**Elmar Brok**,  
MdEP und  
Präsident  
der EUCDA,  
sagte: „Wer  
den Sonntag  
als Rückzugs-  
raum für die

Familie und für das Private aufgibt, beugt sich der Kommerzialisierung unseres Alltags. Wir brauchen einen Raum zur Besinnung, einen Zufluchtsort zur geistigen Erholung und Erneuerung. Als Christen und verantwortungsbewusst handelnde Menschen müssen wir dafür Sorge tragen, dass der Sonntag den ihm gebührenden Schutz erfährt. Das

### Erstes europäisches Bürgerbegehren zum Sonntagsschutz

Der Europaabgeordnete Martin Kastler hat Anfang Februar im Europäischen Parlament seine Onlinekampagne zum ersten Europäischen Bürgerbegehren vorgestellt. Ziel der Aktion ist es, den Schutz des arbeitsfreien Sonntags europaweit zu verankern. Sobald die Europäische Kommission eine Verordnung zur Durchführung von Bürgerbegehren verabschiedet hat, will Kastler mit der rechtsverbindlichen Sammlung von 1 Millionen Unterschriften aus 9 Mitgliedsstaaten beginnen. Unterstützer können sich bereits jetzt auf der Kampagnenhomepage vernetzen.

> [www.freiersonntag.eu](http://www.freiersonntag.eu)

sind wir unserer kulturellen Identität und unseren Werten schuldig, das müssen wir auch künftigen Generationen vermitteln. Vor allem muss es einen fixen Tag geben, an dem sich die Familie treffen kann.“ ■

#### Homepage:

> [www.workfreesunday.eu](http://www.workfreesunday.eu)  
Unterschriften-Seite und Aufruf in  
Deutsch: > [www.mann-europa.eu](http://www.mann-europa.eu)

### CDA-Bundesvorstand fordert gemeinsames Vorgehen für europaweiten Sonntagsschutz

Auf der Tagung des CDA-Bundesvorstands in Pulheim im April sprachen sich die Mitglieder einstimmig für einen europaweiten Sonntagsschutz aus. Laumann unterstrich: „Wir verlieren einen großen Schatz, wenn es zu einer weiteren Deregulierung der Arbeitszeit und zu einem Streichen des freien Sonntags käme.“

In Europa gehört in 12 Staaten der Sonntag zur normalen Arbeitszeit. Die restlichen 15 Staaten haben den Sonntag zwar unter Schutz gestellt, lassen aber unterschiedliche Ausnahmen zu. Erste Versuche, den Sonntagsschutz EU-weit zu verankern, scheiterten. So wurde 1996 der Sonntagsschutz aus der ersten Arbeitszeitverordnung der EU herausgestrichen. Es gebe dafür keine ausreichenden Gründe im Zusammenhang mit Sicherheit und Gesundheit, so die entsprechende Urteilsbegründung des EuGH. Religiöse und ethische Gründe seien keine ausreichende Begründung für einen solchen Schritt. Eine weitere Initiative im Jahr 2009 war nur von 261 der 736 EU-Parlamentarier unterstützt worden. Jetzt haben mit Thomas Mann, CDU, und Martin Kastler, CSU, gleich zwei Abgeordnete neue Initiativen gestartet.

Auch der CDA-Bundesvorstand unterstützt die Forderung nach einem verankerten Sonntagsschutz, fordert jedoch die einzelnen Akteure auf, gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Neben religiösen und ethischen Gründen für einen Sonntagsschutz weisen wissenschaftliche Studien nach, dass Sonntagsarbeit Nachteile für die Gesundheit hat und die sozialen Kontakte schädigt. Deshalb müsse die EU den Sonntagsschutz in die Arbeitszeit-Verordnung aufnehmen. Neben Tradition und christlichem Wert hob der CDA-Bundesvorsitzende auch die Bedeutung des Sonntags für die Familie hervor. Familien benötigten neben finanzieller und institutioneller Unterstützung auch und vor allem planbare gemeinsame Freizeit. Laumann machte klar, dass man an Sonntagen das menschliche Leben nicht einstellen könne und es von daher auch Menschen gebe, die sonntags arbeiten. Das gehöre aber zu einer Sonntagskultur dazu, die sich bei uns geschichtlich entwickelt habe. Er warnte davor, das Wochenende voll unter die Ökonomisierung zu stellen. „Sonntagsschutz ist nichts Altmodisches“, urteilte der CDA-Bundesvorsitzende Laumann. ■

## Gymnastik, Gedächtnistraining und Gourmet-Abend Der Pflegealltag im Pflegezentrum Bad Höhenstadt



**Im AZURIT Pflegezentrum Bad Höhenstadt (Bayern) leben 64 psychisch kranke und behinderte Erwachsene. Sie werden rund um die Uhr von Pflegekräften und Ergotherapeuten professionell versorgt. Der Pflegealltag gestaltet sich je nach den Wünschen und körperlichen und geistigen Möglichkeiten des einzelnen Bewohners unterschiedlich.**

Jeder Bewohner kann so lange schlafen, wie er will. Ab 7.45 Uhr gibt es Frühstück im Esszimmer des jeweiligen Wohnbereiches. Dabei verteilen die Fachkräfte (AltenpflegerInnen und KrankenpflegerInnen) die jeweils vom Arzt verordneten Medikamente an die Bewohner. Wer Hilfe bei der morgendlichen Pflege braucht, kann diese je nach Wunsch

vor oder nach dem Frühstück in Anspruch nehmen. Sich pflegen lassen heißt: volle oder teilweise Übernahme, Anleitung oder Beaufsichtigung beim Waschen im Bett oder am Waschbecken, beim Duschen im eigenen Bad oder beim Entspannungsbad im Pflegebad des Wohnbereiches. Zur Körperpflege gehören natürlich auch Eincremen, Haareföhnen, Fingernägelschneiden und das An- und Auskleiden.

Nach dem Frühstück hat jeder Bewohner die Möglichkeit, Beschäftigungen nachzugehen: Um 9.00 Uhr findet täglich außer sonntags in der Cafeteria eine Gymnastik statt. Wer nicht in der Lage ist, alleine zu kommen, wird von den Ergotherapeuten abgeholt. Anschließend gibt es in einer netten Plauderrunde Getränke und eine Kleinigkeit zu

Essen. Bis 11.00 Uhr geht es dann weiter mit Singen, Gedächtnistraining oder Spielen. Eine andere Möglichkeit für die Bewohner, den Vormittag zu gestalten, ist die Teilnahme an verschiedenen Arbeitstherapien. Die einen unterstützen den Hausmeister bei Tätigkeiten wie z.B. Rasenmähen oder bei der Mülltrennung, die anderen kümmern sich mit den Mitarbeitern der Beschäftigungstherapie um die Blumen und Kräuter im Garten und im Park. Andere Bewohner wiederum decken im Wohn-Esszimmer die Tische, räumen Geschirr ab oder dekorieren. Ab 11.45 Uhr kann jeder Bewohner zu Mittag essen. Gewählt wird hier aus zwei verschiedenen Menüs. Auch hier erhält jeder Bewohner – wie bei allen anderen Mahlzeiten – die Unterstützung beim Essen, die er benötigt. Nach dem Essen halten einige Bewohner Mittagsschlaf. Wer Hilfe beim Gehen, Umsetzen oder beim ins Bett legen braucht, erhält diese von den Pflegekräften. Bewohner, bei denen die Gefahr des Wundliegens besteht, werden von der Pflegekraft fachgerecht gelagert.

Am Nachmittag gibt es wieder eine Vielzahl von Angeboten. Los geht es um 12.30 Uhr mit der Möglichkeit, sich am „Kiosk“ mit Süßigkeiten, Zigaretten und vielen anderen Dingen mehr zu versorgen. Jeden Montagnachmittag können die Bewohner zusätzlich mit

dem hauseigenen Bus in den nächst größeren Ort zum Einkaufen fahren. Jeden zweiten Dienstagnachmittag wird zur nahe gelegenen Kegelbahn gefahren. Dort kegeln die Bewohner um den beliebten Wanderpokal. Um 14.30 Uhr gibt es Kaffee und Kuchen, mittwochs und sonntags mit allen gemeinsam in der Cafeteria an allen anderen Tagen in den jeweiligen Esszimmern der Wohnbereiche. Jeden zweiten Mittwochabend kocht eine kleine Bewohnergruppe gemeinsam Lieblingsspeisen wie zum Beispiel Lasagne oder Spagetti Bolognese.

### **Folgende Angebote können die Bewohner wahrnehmen:**

- Jeden ersten Donnerstag im Monat von Fahrt zur Diskothek „Bienenkorb“ in Passau
- Einmal im Monat Gottesdienst in der hauseigenen Kapelle
- Einmal im Monat gemeinsames Schlemmerfrühstück in der Cafeteria
- Einmal im Monat Fahrt zum Seniorenkino in das Cineplex in Passau
- Besuche von Theaterveranstaltungen in der Umgebung
- Teilnahme an jahreszeitlichen Veranstaltungen wie z.B. Maifeier, Erntedankfeier, Grillfeiern, Nikolaus, Weihnachtsfeier (im Haus)
- Vier Gourmetabende nach einem besonderem Motto
- Besuch von Volksfesten in der Umgebung
- Einmal im Jahr Fahrt zum Fußballspiel in die Allianz Arena nach München

- Im Winter: Besuch der Eishockeyspiele der Black Hawks in Passau
- Ausflüge in die umliegenden Städte, Museen, in den Wildpark usw.
- Jeden Donnerstag im Winter und bei schlechtem Wetter im Sommer Videoabend in der Cafeteria
- Im Sommer: Baden gehen in das Freibad in Fürstzell

Gruppenweise finden in den Wohn-Esszimmern am Nachmittag zusätzlich Kartenspiele, Tischkegeln, Billardspielen, Kickern und andere Gesellschaftsspiele statt. Nicht zu vergessen ist die Einzeltherapie, die ganz individuell auf die Bedürfnisse des einzelnen Bewohners abgestimmt wird. Bewohner, die aufgrund ihrer Erkrankung nicht an Gruppenveranstaltungen teilnehmen können oder wollen, erhalten durch die Ergotherapeuten oder Pflegekräfte extra Zuwendung.

Ab 18.00 Uhr gibt es Abendessen im jeweiligen Wohn-Esszimmer. Auch hier erhalten Bewohner wenn nötig Unterstützung. Nach dem Abendessen kann jeder Bewohner entscheiden, wann er zu Bett gehen will. Viele treffen sich im Wohnzimmer zum gemeinsamen Fernsehen. Die Pflegekräfte helfen den Bewohnern mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen, sich zu waschen, auszuziehen, Zähne zu putzen und zu Bett zu gehen. Bei allen pflegerischen Tätigkeiten wird jede noch so kleine Möglichkeit des Bewohners, Tätigkeiten selbstständig auszuführen, gefördert. Damit dies bei jedem Bewohner von jedem Mitarbeiter sowohl in der Pflege als auch in der Therapie berücksichtigt wird, gibt es

für jeden Bewohner eine Bewohnerakte. In dieser können die Pflegekräfte alle wichtigen Informationen über den Bewohner eintragen. Sie beinhaltet ein Stammblatt, die Biografie des Bewohners, eine Informationssammlung über die Ressourcen und Probleme des Bewohners in Bezug auf die Pflege, Vitalwerte der Bewohner, Information an den Arzt, Medikamentenblatt, Pflegeplan, Berichtsblatt sowie die Erfassung von Risiken.

Außerdem werden die Kollegen des nachfolgenden Dienstes in Form eines Übergabegesprächs über wichtige Ereignisse jedes Bewohners informiert. Somit weiß jede Pflegekraft, welche Wünsche und Bedürfnisse des Bewohners gefördert werden müssen, welche Ressourcen des Bewohners vorhanden sind und welcher Pflegebedarf besteht.

Ab 20.30 Uhr kommt der Nachtdienst. Er geht 2- bis 3-mal zu jedem Bewohner, verabreicht die Spätmahlzeit für Diabetiker und die Nachtmedikamente, geht mit den Bewohnern zur Toilette oder wechselt die Inkontinenzunterlagen und lagert Bewohner bei Bedarf. Kann einer der Bewohner nicht schlafen, so nimmt sich der Nachtdienst Zeit für ihn. Er führt Gespräche oder spielt eine Runde Billard mit dem Bewohner. Wichtig ist, dass sich der Bewohner auch nachts sicher und verstanden fühlt.

Um 6.00 Uhr morgens kommt der Frühdienst – ein neuer Pflageitag beginnt! ■

*Sabine Rottbauer, Hausleitung*

## Familienpflegezeit nimmt Gestalt an

### Interview mit Kristina Schröder MdB, Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend



Familienministerin **Kristina Schröder** hatte im März dieses Jahres einen Rechtsanspruch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von zwei Jahren für die Pflege von Angehörigen vorgeschlagen. In dieser Zeit würde der Beschäftigte zu 50% arbeiten und 75% seines Gehalts beziehen. Die nächsten zwei Jahre würde er dann wieder zu 100% arbeiten, bekäme aber ebenfalls nur 75% des Gehalts.

**Frau Bundesministerin, Sie haben für Ihren Vorschlag auch viel Kritik einstecken müssen. Was entgegenen Sie der Kritik, dass Ihr Modell für die Arbeitgeber zu teuer und zu risikoreich sei?**

Um das gleich klar zu sagen: Natürlich gab es Kritik, aber ich habe auch sehr viele positive Reaktionen auf meinen Vorschlag zur Familienpflegezeit erhalten. Auch – und das freut mich besonders! – aus der Wirtschaft. Das Entscheidende ist doch: Schon heute müssen Millionen von Menschen neben ihrer täglichen Arbeit für pflegebedürftige Angehörige sorgen und diese Zahl wird in Zukunft weiter steigen. Das ist ein Problem, für das wir dringend eine Lösung brauchen! Damit diese Lösung nicht einseitig zulasten der Unternehmen geht, bieten wir eine Versicherungslösung an, durch die das Risiko für den Arbeitgeber abgesichert wird. Die Lastenverteilung ist also gerecht und angemessen: Der Unternehmer bietet Flexibilität und finanziert vor, der Arbeitnehmer sichert sein Ausfallrisiko ab. Kleineren und mittleren Unternehmen bieten wir Überbrückungshilfen an, damit sie nicht in Liquiditätsengpässe kommen.

**Hat Ihr Modell auch einen Nutzen für Arbeitgeber?**

Selbstverständlich hat die Familienpflegezeit auch einen Nutzen für die Arbeitgeber. Der demografische Wandel ist in vollem Gange, unsere

Gesellschaft wird immer älter und auch die Wirtschaft kommt um das Thema nicht herum. Viele Unternehmen haben schon heute mit diesem Problem zu kämpfen. Von Wirtschaftsverbänden höre ich, dass die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf in den letzten Jahren ein großes Thema geworden ist. Ich glaube, dass es sich Unternehmen im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiter nicht leisten können, hier nicht flexibel zu sein. Sie brauchen Lösungen wie zum Beispiel familienbewusste Arbeitszeiten, um den Beschäftigten Zeit für Kinder und Angehörige zu geben und gleichzeitig ihr Knowhow im Unternehmen zu halten.

**Was halten Sie denen entgegen, die die Zeit von zwei Jahren bei einer durchschnittlichen Pflegezeit von acht bis neun Jahren für einen Tropfen auf den heißen Stein halten?**

Gegenfrage: Sind die sechs Monate Auszeit ohne Gehalt, auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer derzeit Anspruch haben, besser? Das reicht doch hinten und vorne nicht. Zwei Jahre können eine wichtige Brücke sein. Und Pflege ist ja nicht gleich Pflege: Während der eine nur ab und zu Hilfe braucht – etwa zum Baden –, ist der andere bettlägrig und rund um die Uhr auf Hilfe angewiesen. Aus Studien wissen wir, dass die Zeit einer häuslichen Pflege in diesen Fällen etwa zwei Jahre beträgt. Mein Ziel ist, dass man die Pflegezeiten

aneinanderreihen kann: Erst kümmert sich der Bruder, dann die Schwester oder erst der eine, dann der andere Ehepartner um den pflegebedürftigen Angehörigen. Und die neue Regelung muss natürlich auch praktikabel sein: Auf zwei Jahre Pflegezeit folgen zwei Jahre Rückzahlungszeit. So kann auch ein 61-Jähriger die Pflegezeit noch in Anspruch nehmen.

**Sind die angekündigten Pilotprojekte zur Familienpflegezeit bereits gestartet? Wann kann mit ersten Ergebnissen und wann mit einem Gesetzesentwurf gerechnet werden?**

Die Vorbereitungen zum Start von Pilotprojekten sind in vollem Gange. Parallel wird mein Konzept der Familienpflegezeit innerhalb der Bundesregierung geprüft. Der Vorschlag hat ja Berührungspunkte mit vielen unterschiedlichen Ressorts. Bis zum Herbst dieses Jahres werden wir gemeinsam die Eckpunkte zur Familienpflegezeit formulieren. Auf Grundlage dieser Eckpunkte werden dann die Arbeiten für das Gesetz beginnen.

**Was kann die Politik, was können Sie als Ministerin tun, damit Pflege in der Gesellschaft mehr Anerkennung erhält? Mit welchen Taten lassen sich wohlfeile Worte entsprechend untermauern?**

Wir müssen uns vor allem eine Tatsache bewusst machen: Die meisten Pflegebedürftigen wünschen sich,

zu Hause von ihren Angehörigen versorgt zu werden. Tatsächlich lebt ja nur ein Drittel von ihnen in einem Heim, die meisten werden zu Hause von Verwandten versorgt. Das zeigt uns: Familien und Angehörige sind bereit, sich dieser schwierigen Aufgabe zu stellen. Dafür verdienen sie die allergrößte Anerkennung! Viele stoßen dabei aber auch an Grenzen, weil sie nicht nur ihre Angehörigen pflegen, sondern auch noch berufstätig sind. Deshalb brauchen wir in erster Linie eine Lösung, die die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf besser als bisher ermöglicht. Das fordert ja auch die überwiegende Mehrheit der Berufstätigen, wie unsere Studien belegen.

Mit meinem Konzept der Familienpflegezeit will ich die Menschen unterstützen, die doppelt belastet sind – durch den Beruf und die Verantwortung, die sie für ihre Angehörigen übernehmen.

**Wie lässt es sich erreichen, dass auch Männer selbstverständlich Fürsorgepflichten übernehmen?**

Der Anteil der Männer, der Angehörige pflegt, wird häufig unterschätzt: Schon heute sind mehr als 20 Prozent der pflegenden Männer. Im hohen Alter liegt ihr Anteil sogar höher als der Anteil der Frauen. Trotzdem ist richtig, dass immer noch überwiegend Frauen Familienangehörige pflegen. Ein ganz wesentlicher Grund dafür ist gerade, dass sich Pflege und Beruf bisher nicht ohne Schwierigkeiten vereinbaren

lassen. Da Männer meist in Vollzeit arbeiten, fällt es ihnen schwer, sich um ihre Angehörigen zu kümmern. Es ist also höchste Zeit, die Möglichkeit zu schaffen, Erwerbstätigkeit und Pflege vereinbaren zu können – und zwar für Frauen und Männer.

**Im Zuge der Verkürzung des Wehrdienstes wird auch der Zivildienst auf sechs Monate verkürzt. Welche Lösungsansätze gibt es, diesen Einbruch im Sozialbereich aufzufangen?**

Ich nehme die Befürchtungen, dass sich ein sechsmonatiger Einsatz von Zivildienstleistenden in vielen Fällen nicht mehr lohnt, sehr ernst. Ich habe mich deshalb für eine freiwillige Verlängerung ausgesprochen, wie sie auch beim Wehrdienst besteht. Die Dienststellen haben bereits Zustimmung für die Möglichkeit einer freiwilligen Verlängerung signalisiert. Auch die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege wie Rotes Kreuz, Paritätischer Wohlfahrtsverband und AWO stehen dem Vorschlag positiv gegenüber. Wir schätzen, dass ungefähr ein Drittel der Zivildienstleistenden von einem solchen Angebot Gebrauch machen würde und der Dienst in den meisten Fällen auf ein volles Schuljahr – also von September bis Juli – ausgedehnt würde.

**Frau Bundesministerin, wir bedanken uns recht herzlich für das Gespräch. ■**

## Laumann kritisiert Leiharbeit in der Pflege



Wohlfahrtsverbände sollen in der Pflege auf Leiharbeit verzichten. Das fordert der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann. „Die Wohlfahrtsverbände und die AWO erhalten Subventionen vom Staat in Millionenhöhe und genießen Steuerprivilegien. Da erwarte ich, dass gerade die AWO anders auftritt.

Sonst müssen wir über die Privilegien reden“, sagte Laumann in einem Interview. Er kritisierte, die Wohlfahrtsverbände gingen mit schlechtem Beispiel voran, wenn sie durch Leiharbeit Lohnkosten sparten. „Ich lasse Leiharbeit in der Pflege nicht zu“, sagte Laumann. Wenn er Minister bleibe, werde er AWO-Heime, die Leiharbeiter beschäftigen, fragen, ob sie noch gemeinnützig seien. Laumann stellte fest: „Die Wohlfahrtsverbände sagen mir immer, sie fänden nicht genug Pflegekräfte. Ja woran liegt das denn? Voraussetzung sind doch gute Arbeitsbedingungen. Dann darf man nicht mit schlechtem Beispiel vorangehen und Leute nach Zeitarbeitstarif bezahlen.“ ■

## Weg frei für den Mindestlohn in der Pflege



„Es freut mich für alle Pflegehilfskräfte, dass jetzt endgültig der Weg frei ist für einen Mindestlohn in der Pflege und auch das Bundeswirtschaftsministerium seine Einwendungen zurückgezogen hat“, sagte Peter Weiß MdB, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe. Die Pflegekommission hatte sich im März auf eine Lohnuntergrenze für

Pflegehilfskräfte geeinigt. Diese liegt bei 7,50 Euro in den östlichen und 8,50 Euro in den westlichen Bundesländern. Steigerungen um jeweils 0,25 Euro sind zum 1. Januar 2012 und zum 1. Juli 2013 vorgesehen. Der Bundeswirtschaftsminister lenkte unter der Bedingung ein, Mindestlohnregelungen zunächst bis Ende 2014 zu befristen. Weiß erklärt dazu: „Wichtig ist, dass das Gesamtergebnis der Pflegekommission zum Mindestlohn in Kraft treten kann mit den drei vorgesehenen stufenweisen Anhebungen. Der Mindestlohn in der Pflegebranche basiert auf einer Kommissionsempfehlung. Und diese kann laut Gesetz vom zuständigen Bundesministerium für Arbeit und Soziales nur als Ganzes übernommen oder abgelehnt werden.“ ■



## Koalition einigt sich auf freiwillige Verlängerung des Zivildienstes

Ende Mai konnte sich die Koalition nach wochenlangem Streit auf das Konzept zur Verkürzung des Wehr- und Zivildienstes von neun auf sechs Monate einigen. Ab August sollen Zivildienstleistende nur noch 6 Monate dienen. Sie können aber ihren Dienst freiwillig um drei bis sechs Monate verlängern. Sie müssen sich aber erst zwei Monate nach ihrem Dienstantritt entscheiden. Im Gegensatz zu den Soldaten erhalten Zivildienstleistende bei freiwilliger Verlängerung keine finanziellen Zuschläge. Die durch die Zivildienstverkürzung entstehende Lücke soll durch eine Reform der Freiwilligendienste geschlossen werden. Dazu will die Regierung bis Mitte Juni entsprechende Konzepte erarbeiten.

Nach dem Machtverlust in Nordrhein-Westfalen könnte die Änderung noch durch den Bundesrat blockiert werden. ■

## Initiative für Familienpflegezeit Familienministerin stellt die Kernpunkte ihrer Politik in der Arbeitnehmergruppe vor

Berufstätigkeit und häusliche Pflege besser zu vereinbaren, ist zentrales Anliegen der Bundesministerin Schröder. Sie weiß, dass viele Angehörige gerne die Pflege und Betreuung ihrer pflegebedürftigen Familienmitglieder in gewohnter Umgebung übernehmen wollen. Doch sie stoßen an ihre Grenzen. Neben den Belastungen der Pflegearbeit muss über die Hälfte (54 %) zusätzlich einer Erwerbsarbeit nachgehen, um die materielle Existenz der Familie zu sichern. Mit der Familienpflegezeit will die Ministerin für pflegende Angehörige ein bedarfsorientiertes Entlastungsangebot schaffen.

Sie erarbeitete zwei Varianten, die jeweils über flexible Arbeitszeitkonten organisiert werden sollen. In beiden sollen in der bis zu zwei Jahre dauernden Pflegephase die Erwerbstätigkeit auf 50% reduziert und gleichzeitig 75% des Lohns bezogen werden. Um den Ausgleich zu erzielen, würde entweder anschließend für denselben Zeitraum in Vollzeit für 75% des Gehalts gearbeitet. Oder der Arbeitnehmer tritt in Vorleistung, indem er durch Überstunden vor Beginn der Pflegezeit vorarbeitet. Dass ein Beschäftigter nur eine verkürzte Zeit oder überhaupt nicht mehr in den Betrieb zurückkehrt, könnte beispielsweise durch eine Ausfallversicherung gelöst werden. Nach dem Wunsch der Ministerin sollen die genauen Regelungen von den Tarifpartnern ausgestaltet werden. Denn eine branchenspezifische Regelung würde



passgenauere Lösungen und ein hohes Maß an Flexibilität ermöglichen. Das Kostenrisiko müsse für Unternehmen gering und die Lohnkosten stabil bleiben. Im Modell der Familienpflegezeit profitieren berufstätige, pflegende Angehörige, Unternehmen, die Pflegekasse sowie die Pflegebedürftigen selbst. Bisher ermöglicht die Rechtslage lediglich eine unbezahlte Freistellung von bis zu sechs Monaten.

Als weiteren Punkt strebt die Ministerin an, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter zu verbessern. Sie zieht in Betracht, die so genannten Vätermomente zu erweitern. Die von ihrer Vorgängerin von der Leyen umgesetzten finanziellen und infrastrukturellen Leistungen wie Elterngeld oder KITA-Ausbau will sie fortführen. Auch die Reform des Zivildienstes steht auf der Agenda der Familienministerin. Durch die Verkürzung des Wehrdienstes ab 2011 auf sechs Monate ist auch eine

verkürzte Wehersatzdienstleistung absehbar. Um Versorgungslücken in sozialen Einrichtungen vorzubeugen, plädiert Ministerin Schröder für eine Stärkung und Aufwertung des Zivildienstes und der Freiwilligendienste (z. B. FSJ, FÖJ). Durch sie würden Jugendliche in feste Strukturen eingebunden, lernten Verantwortung zu übernehmen und kämen ferner mit interessanten und eventuell bisher unbekanntem Berufsfeldern in Berührung. Diese Erfahrungen könnten ausschlaggebend sein, eine Ausbildung in der Altenpflege oder in der Kinderbetreuung zu beginnen. Daneben soll eine freiwillige Verlängerung des Zivildienstes möglich sein, gerade auch, um Zeiten bis zum Ausbildungs- oder Studienbeginn zu überbrücken. ■

*Christine Sentz,  
Referentin der Arbeitnehmergruppe  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

## Ohne Spitzensport kein Zuwachs beim Breitensport

### Interview mit dem DFB-Präsidenten Theo Zwanziger von Ekkehard Gauglitz, Vorsitzender des CDA-Bezirksverbandes Koblenz-Montabaur



**Gauglitz: Welche Rolle spielen die Vereine in der heutigen Gesellschaft?**

**Zwanziger:** Sportvereine leisten nicht nur einen erheblichen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge, zur Gewalt- und Suchtprävention und zur Persönlichkeitsentwicklung, sondern unterstützen in besonderer Weise auch das friedliche und faire Miteinander unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen. Die gemeinsame Begeisterung für den Sport ist ein wichtiges Element, um hilfreiche Perspektiven zu schaffen sowie Toleranz und Respekt zu üben. Darüber hinaus bieten die Vereine vor allem Kindern und Jugendlichen Gelegenheit zu sinnvoller Freizeitbeschäftigung. Vereinsarbeit bietet die Möglichkeit, Gemeinschaftsleben und Gemeinschaftsentwicklung mit gestalten zu können und die Dankbarkeit von Kindern und Jugendlichen zu spüren, die man auf ihrem Lebensweg ein Stück weit in ihrer Persön-

lichkeitsentwicklung unterstützen kann.

**Gauglitz: Welche Rolle kommt hierbei dem Spitzensport zu?**

**Zwanziger:** Bezogen auf den Fußball lässt sich das wie folgt darstellen: Die Nationalmannschaft steht beim DFB nicht für sich allein. Sie bringt die Idole hervor, an denen sich unsere Kinder und Jugendliche orientieren und in die Vereine drängen. Ohne den Fußball in der Spitze gibt es keinen Zuwachs in der Breite und ohne die Gelder, die wir über unsere Nationalmannschaft generieren, wären unsere Möglichkeiten für unser soziales Engagement erheblich eingeschränkt. Wenn wir also aus gutem Grund mit allen Mitteln unsere Nationalmannschaft stärken, dann haben wir dabei immer auch im Blick, welche Auswirkungen dieses Engagement auf die Basis hat. Ich sehe keinen Gegensatz zwischen Spitzensport und Breitensport. Im Gegenteil. Integrationsprojekte, soziales Engagement, gesellschaftliche Verantwortung, all das wäre ohne die Erfolge in der Spitze nicht vorstell- und umsetzbar.

**Gauglitz: Ist der Sport noch menschlich – insbesondere der Leistungssport?**

**Zwanziger:** Diese Frage ist aufgenommen insbesondere im Zusammenhang mit dem tragischen

Tod unseres Nationaltorhüters Roberts Enke. Nach allem, was wir wissen, ist Robert nicht durch ein unmenschliches System im Fußball in eine ausweglose Verzweiflung geraten, sondern durch eine heimtückische Krankheit. Gleichwohl hat uns sein Selbstmord sehr nachdenklich gemacht und veranlasst, so manche Verhaltensweise im „Fußballgeschäft“ zu überdenken. Grundsätzlich haben wir es im Leistungssport mit Unmenschlichkeit zu tun zum Beispiel in der Dopingproblematik. Im Umfeld des Fußballs treffen wir auf Unmenschlichkeit bei Gewaltexzessen von Fangruppierungen. Diese sind aber vor allem auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen zurückzuführen. Glücklicherweise erleben wir aber auch immer wieder Gesten großer Menschlichkeit im Sport, ich denke da an den freundschaftlichen und aufmunternden Handschlag Oliver Kahns mit Jens Lehmann bei der WM 2006 vor dem Elfmeterschießen gegen Argentinien, nachdem sie zuvor monatelang in einem erbitterten Konkurrenzkampf um die Nummer 1 im Tor der Nationalmannschaft standen.

**Gauglitz: Wie sieht die werteorientierte Jugend- und Sozialarbeit des DFB aus?**

**Zwanziger:** Der DFB stellt sich neben seiner Hauptaufgabe, dass in Deutschland attraktiv und möglichst breit Fußball gespielt werden

kann, auch der sozialen und gesellschaftspolitischen Verantwortung. Den Anfang haben wir hier vor vielen Jahren in der Sepp-Herberger-Stiftung gemacht. Heute haben wir eine Grundlage gelegt, die bei klarer Positionierung unserer Kernaufgabe im DFB soziale Verantwortung sichtbar macht. Neben der Sepp-Herberger-Stiftung ist in diesem Zusammenhang natürlich auch die DFB-Stiftung Egidius Braun, die DFB-Kulturstiftung und seit diesem Jahr auch die Robert-Enke-Stiftung zu nennen.

Im Allgemeinen sollten Spieler bereits im Kindesalter für Fairplay im Sport sensibilisiert werden. Darüber hinaus denke ich, dass Eltern, Trainer und Betreuer ein allgemeines Interesse daran haben, den Nachwuchs vor eventuellen Gefahren und Versuchungen zu bewahren. Seitens des DFB besteht eine schon länger währende Kooperation mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), wobei wir insbesondere die Initiative „Kinder stark machen“ unterstützen. Sie zielt unter anderem darauf ab, Kindern Lebenskompetenzen anzubieten, die ein drogenfreies Leben ermöglichen.

Mit den vom DFB geförderten 1.000 Minispielfeldern, die deutschlandweit überwiegend auf Schulgeländen in der Nähe von Sportvereinen entstanden sind, haben wir Räume geschaffen, an denen sich Jugendliche aller gesellschaftlichen Gruppierungen begegnen können. Im Hinblick auf die Frauen-WM 2011 im eigenen Land initiieren wir Wettbewerbe,

um insbesondere den Mädchenfußball und damit auch die Integration von Mädchen mit Migrationshintergrund zu stärken. Hier erleben wir bei Schulen und Vereinen ein starkes Interesse an unseren Angeboten. Wir sind also sehr vielschichtig aufgestellt, um auch für die Integration etwas zu tun und etwas in Bewegung zu setzen.

**Gauglitz: Wie soll nach Ihrer Ansicht die Zukunft des deutschen Breitensports aussehen? Die Kommunen haben kaum noch Geld, die Schwimmbäder und Sportstätten in Stand zu halten und unsere Kinder bewegen sich immer weniger.**

**Zwanziger:** Was den Sportstättenbau angeht, führt kein Weg daran vorbei, dass die Politik bereit ist, den Sport als öffentliche Aufgabe zu begreifen und entsprechend zu fördern. Eine moderne Sportanlage fördert das Gemeinschaftsgefühl von Vereinsmitgliedern und stärkt damit die Vereinsbindung. Ansonsten müssen sich die Verantwortlichen darüber bewusst sein, dass der Vereinssport in den Gemeinden nicht mehr so im Mittelpunkt steht wie das vielleicht vor 30 oder 40 Jahren der Fall gewesen sein mag. Hierauf müssen die Vereine mit Flexibilität reagieren. Kinder in Bewegung zu bringen, halte ich aber zunächst einmal für eine Aufgabe des Elternhauses.

**Gauglitz: Würden Sie bitte in einem kurzen Resümee darstellen, welche Ziele Sie in Ihrer Amtszeit als Präsident des DFB erreicht haben?**

Bei uns werden keine Ziele abgehakt, sondern Entwicklungen vorangetrieben. In meiner Amtszeit durften wir zum Beispiel die Früchte der intensiven Talentförderung ernten, die mein Vorgänger Gerhard Mayer-Vorfelder mit großem Engagement auf den Weg gebracht hat, als wir im vergangenen Jahr in drei Altersklassen gleichzeitig den Europameistertitel errungen haben. Außerdem hat sich der DFB in den vergangenen Jahren in seinem Bekenntnis zu einem wertorientierten Sport im Kampf gegen Korruption, im Kampf gegen Diskriminierung ein gutes Stück weiterentwickelt und im Bereich der Qualifizierung viele nachhaltige Maßnahmen initiiert.

**Gauglitz: Was sind Ihre Pläne als DFB-Präsident für die kommenden Jahre?**

**Zwanziger:** Ein Höhepunkt wird natürlich die Frauen-WM 2011 im eigenen Land sein. Danach werden wir nicht nur Bilanz ziehen, sondern die Impulse dieses Events nutzen und daran arbeiten, die erfreuliche Entwicklung im Frauenfußball weiter zu fördern. Die demographische Wandlung ist eine große Herausforderung. Hier gilt es, in enger Zusammenarbeit mit unseren Landesverbänden unsere Vereine zu begleiten und mit ihnen nach Lösungen zu suchen. Daneben bleibt natürlich die Nationalmannschaft als unser großes Aushängeschild ein ständig spannendes Thema. Letztendlich wollen wir den Fußball nutzen, um etwas Gutes für die Gesellschaft zu tun. ■

## Namaste, Nepal! Kinderarbeit auf dem Dach der Welt



**Nepal gehört, gemessen am Bruttonationalprodukt, zu den ärmsten Ländern der Welt – kulturell wie landschaftlich ist es jedoch eines der reichsten Länder auf dem Globus.**

Rund hundert ethnische Gruppen und fast ebenso viele Sprach(form)en geben ein buntes Bild ab, deuten aber auch schon auf die grundsätzlichen Probleme der jungen Demokratie hin: die Zersplitterung in zahlreiche Gruppeninteressen. Sascha Brok hat Nepal vier Wochen lang bereist – und dabei nicht nur Land und Leute kennen gelernt, sondern auch Arbeitsbedingungen und Bildungssystem in den Blick genommen.

Jede Reise – zumal in fremde Länder – bleibt letztlich subjektiv und die gewonnenen Eindrücke können niemals

ein vollständiges Bild von einem Land zeichnen. Das alleinige Reisen begrenzt den Wahrnehmungshorizont auf der einen und eröffnet unbekannte Sichtweisen auf der anderen Seite. Denn „allein“ – das bedeutet auch die uneingeschränkte Notwendigkeit des Kontakts mit der Bevölkerung. So ist denn auch mein Bild von vier Wochen Nepal sehr punktuell, an jenen Stellen jedoch – so meine ich – recht tief greifend.

Die Hauptstadt Kathmandu folgt im Prinzip den normalen Mustern der Globalisierung. Internet, Fernsehen, englische Musik prägen zunehmend das Straßenbild. So lässt sich auch nicht sagen, dass einem dort ein Kulturschock widerfahren muss. Die wichtigsten religiösen wie kulturellen Baudenkmäler sind restauriert und die öffentliche Sicherheit ist an

diesen Plätzen genauso gegeben wie auf dem Celler Marktplatz.

Den Unterschied macht hier insbesondere die Masse der Menschen, die sich durch die Straßen bemüht, was zu mehr Lautstärke und visueller Werbung führt. Nun ist Kathmandu doch recht weit davon entfernt, als Ganzes leicht verständlich zu sein. Dazu sollte man den öffentlichen Nahverkehr probieren. Haltestellen Fehlanzeige, Tarifgebiete unklar – dafür: einfach winken und mitfahren und eine kleine Rupie zur Bezahlung zur Hand. Am besten, man fährt einfach immer so weit mit, bis man eine interessante Ecke sieht und steigt aus. Oftmals sieht man kleine Händler, die nach Gruppen (etwa Haushaltswaren, Handwerk, Nahrung oder Imbiss) sortiert, doch mehr oder weniger immer dasselbe Angebot führen. Diese schier unglaubliche Zahl an Geschäften lässt einen zweifeln, dass an einem Ort wie Kathmandu ein Mehrwertsteuersystem außerordentlich effektiv wäre – von Effizienz einmal ganz zu schweigen.

Es kann aber auch passieren, dass man vom Bus am Hanuman Dhoka, dem alten Königspalast Kathman-



„ausgespuckt“ wird. Und sofort fühlt man sich beobachtet: sehr viel Militär bewacht diesen Ort, obwohl die Monarchie seit 2008 offiziell abgeschafft ist. Doch das vom Bürgerkrieg in der jüngeren Vergangenheit gebeutelte Land muss sich dem Problem von unterbeschäftigten Sicherheitskräften stellen. Etwas, das z. B. auch in Europa – in Spanien oder Griechenland – der Fall war und ist: die Einbindung der Verlierer der gesellschaftlichen Umwälzung. Die Schlussfolgerung, dass eine wirtschaftlich arme Nation wie Nepal aufgrund eines unzureichenden Einnahmesystems und vielfältiger „postrevolutionärer Kosten“ kaum noch fiskalische Mittel für Zukunftsaufgaben wie Straßenbau, Krankenhäuser oder Schulen aufbringen kann, ist daher so banal wie desillusionierend. Deshalb: Hilfe für dieses Land muss an eben diesen Stellen ansetzen und sollte sich anfangs nicht zu detailliert in die sozialen Fragen einmischen. Letzteres käme einer Überfrachtung der Hilfe und einer Überforderung der Institutionen vor Ort gleich.

Das heißt natürlich nicht, sich von sozialen Mindeststandards zu verabschieden. Nein, Hungerlöhne,



Kinderarbeit und Bildungsungerechtigkeit müssen auch an den Orten der Armut Maximen des Handelns sein. Indes, man muss diese im Kontext sehen. Das wird unmittelbar einsichtig, wenn man sich über Land von der Hauptstadt entfernt und in weniger landwirtschaftlich nutzbare Zonen gelangt. Die Hauptverkehrsstraße von Kathmandu nach Jiri, dem „Außenposten“ für Automobile im Himalaya, ist einspurig und auch nicht durchgehend schlaglochfrei. Gibt es anfänglich noch einige halbwegs befestigte Nebenstraßen, so findet man sich früher oder später auf Trampelpfaden wieder, auf denen alles – aber auch wirklich alles – transportiert werden muss.

Es ist im Allgemeinen schwierig, an solchen Orten zu versuchen, mit Sachkapital den Wohlstand der Bevölkerung zu mehren. Und ohne eine ausreichende Ausstattung mit Sachkapital lohnt es sich – von ethischen Gründen abgesehen – kaum für den Einzelnen, in sein Humankapital, in seine Bildung zu investieren. Welche Investitionen passen also? Welche sozialpolitischen Maßnahmen können daran anknüpfen?

Das Beispiel Schule: Diese gibt es wegen der dünnen Besiedlung des Gebietes nur in größeren Orten; weiterführende Bildung gar nur in dem Umfeld der Hauptstadt Kathmandu. Die Frage, ob ein Kind in die Schule gehen kann, ist somit eine Frage der Zeit und eine Frage des Geldes. Es wäre träumerisch zu meinen, dass Kinder in Entwicklungsländern überhaupt

## Land und Wirtschaft

Der Staat Nepal ist mit einem Pro-Kopf-Jahreseinkommen von 450 US-Dollar einer der ärmsten Staaten der Welt. Die erheblichen regionalen Unterschiede sind auch auf die extremen geografischen Gegebenheiten zurückzuführen: Der tiefste Punkt liegt 70m ü. M. und der höchste auf 8.848 m (Mt. Everest). Der Himalaya ist sehr dünn besiedelt und die (vermuteten) Rohstoffvorkommen sind kaum zugänglich. So wird auch der Hauptteil des Bruttosozialprodukts in der Landwirtschaft vor allem in den Gebieten Terai (Grenze zu Indien) und Mittelland (Kathmandu-Tal) erwirtschaftet. Das Land ist nicht nur geografisch und politisch zwischen den zwei größten Ländern der Welt (Indien und China) eingeklemt. Rund 80% der Nepalesen sind Angehörige des Hinduismus, weitere 15% des Buddhismus. Die 2% Christen, die in Nepal leben, erfahren hohe Wertschätzung (etwa die Schulen), sind aber sonst kaum präsent. Der ethnische Flickenteppich Nepal mit 100 verschiedenen Gruppen und etwa 70 unterschiedlichen Sprachen und Dialekten führte indirekt zu einem 10-jährigen Bürgerkrieg gegen das Kastenwesen und die Monarchie. Die junge parlamentarische Republik Nepal kämpft jedoch weiter um Stabilität und soziale Gerechtigkeit.



oder andere Jugendliche zeitweise als Träger für Touristen fungiert; nur muss ihm die sprachliche Verständigung mit ihnen möglich sein, muss ihm also eine Aufstiegsmöglichkeit hin zu einem fachkundigen Führer möglich sein. Dafür benötigt er eine gründliche Schulbildung.

nicht zuhause mitarbeiten müssen/sollen. Oftmals dauern die Wege in die Schule, zum nächsten Dorf mehrere Stunden und folglich wäre auch eine kleine Unterstützung im elterlichen Haus kaum darstellbar. So entfällt der Gang zur Schule vollends. Für eine Internatsverschickung fehlt es in der Regel an Geld. Und eine Komplettverschickung aller Kinder wäre aus Gründen des gesellschaftlichen Zusammenhalts vielleicht auch gar nicht wünschenswert.

Was bleibt? Es sind die Ressourcen zu nutzen, die die Region im Überfluss hat und die gegenwärtig nur unzureichend wohlfahrtsstiftend wirken: Wasser und Sonne. Beides lässt sich umweltschonend verstromen und brächte vor Ort eine nicht unerhebliche Autarkie. Der maschinelle Einsatz wäre einfacher, die menschliche Arbeitskraft mithin wertvoller und die Investition in die eigene Bildung lohnender. Unter diesen oder ähnlichen Voraussetzungen macht es nicht nur Sinn, eine Art soziales Menschenrecht zu fordern, es ist eine Pflicht. Dabei ist es nicht weiter schlimm, wenn der eine

Das alles sind Aufgaben, die nur sehr langsam voranschreiten werden. Und vor allem sind dies Aufgaben, die in den Landesteilen unterschiedlich zu bewerten und umzusetzen sind – schon wegen der zahlreichen ethnischen Gruppen.



Es gibt aber keinen Grund, nicht mitzuhelfen, dass diese Aufgaben angepackt werden. So gibt es auch eine Aufgabe für die deutsche mittelständische Wirtschaft. Mit einem Augenzwinkern: Es ist doch eigentlich nicht einzusehen, dass man am Fuße des Mount Everest spanisches Bier zu trinken hat. Ein paar Fläschchen vom Gerstensaft deutschen Reinheitsgebots werden den Weg in die Region doch wohl finden – und notfalls bringe ich diese dann selbst hinauf! ■

*Sascha Brok,  
CDA-Kreisvorsitzender Pankow*

## Menschenrechte und Kinderarbeit

Die Diskriminierung von Minderheiten, unteren Kasten, Frauen und Kindern ist weiterhin hoch. So werden jährlich schätzungsweise 5.000 bis 20.000 Mädchen zwischen acht und 18 Jahren über die Grenzen des Landes hinweg verschleppt. Das Problem der Kinderarbeit tritt in Nepal vor allem in der Teppichhandwerkskunst auf. Dabei stellt hier nicht nur das geringe Alter (oftmals unter 14 Jahren), sondern auch die Quasi-Leibeigenschaft der Produzenten an den Kindern ein großes Problem dar. Zu großen Teilen handelt es sich hierbei um Kinder, die vom Land in die großen Städte Kathmandu und Lalitpur „versandt“ werden. Den Kindern fehlt jede Schulbildung und auch das Verständnis, dass ihnen Unrecht getan wird. Laut UNICEF kann einzig eine kostenlose und leicht zugängliche Grundschul-erziehung das Problem mindern. Auch die internationale Arbeitsorganisation ILO versucht sich in der Befreiung der Leibeigenschaft über Bildungsprojekte und die Vergaben von Kleinstkrediten. Weitere Informationen und Möglichkeiten zur Unterstützung bieten:

- > [www.futurefornepal.com/child-protection-policy.php](http://www.futurefornepal.com/child-protection-policy.php)
- > [www.siredmundhillary.com/projects.htm](http://www.siredmundhillary.com/projects.htm) (von dem Sascha Brok zahlreiche Projekte begutachten konnte)
- > [www.brot-fuer-die-welt.de](http://www.brot-fuer-die-welt.de)
- > [www.misereor.de](http://www.misereor.de)

## Finanzmarktkrise – Zeit für ein Zwischenfazit

„Wer hätte es vor wenigen Jahren für möglich gehalten, dass amerikanische ‚Häuslebauer‘ das Weltfinanzsystem an den Rand des Zusammenbruchs bringen könnten? Wer hätte erwartet, dass die Insolvenz einer einzigen großen Bank die gesamte Banklandschaft, ja den Finanzmarkt selbst in die Beinahe-Katastrophe führen würde – mit dramatischen Folgen für die so genannte Realwirtschaft: Rezession, steigende Arbeitslosigkeit und eine nie gekannte Verschuldung öffentlicher Haushalte?“ So beginnt der aktuelle Beitrag unseres Kollegen Thorsten Kiwitz, der zugleich Sprecher des im letzten Jahr gegründeten CDA-Arbeitskreises Banken und Sparkassen ist.

Auch wenn zurzeit Griechenland und die Gefahr, dass diesem weitere Länder folgen könnten, alles überlagern, bleiben die von Kiwitz formulierten Fragen doch wichtig, um zumindest im Grundsatz verstehen zu können, wie es zur größten Banken- und Finanzmarktkrise seit dem schwarzen Freitag 1929 kommen konnte. Diese Krise und ihre Folgen sind nach wie vor für jeden von uns spürbar. Zwar kommt Griechenland eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Stabilität und sogar die Existenz der gesamten Euro-Zone zu, doch die Finanzkrise hatte weit hierüber hinausgehende globale Auswirkungen. Von Island bis in

den Fernen Osten war – und ist es heute noch! – beinahe jeder Erdenbewohner in irgendeiner Weise von den Auswirkungen dieser Notlage betroffen. Das gesamte Weltfinanzsystem stand vor dem Kollaps.

Allerdings stellt der Autor nicht nur Fragen nach dem „Wieso“, er fragt auch, was man seither getan hat und was man künftig tun kann, um ähnlich gefährliche Entwicklungen oder gar die Wiederholung einer solchen Krise verhindern zu können. Dabei verfällt der Artikel angesichts der durchaus desolaten Gesamtlage nicht etwa in Pessimismus, sondern greift vernünftige Vorschläge aus Politik und Praxis auf und entwickelt sie mit eigenen Überlegungen zu einem stimmigen Konzept, das geeignet sein sollte, unser Finanzsystem zumindest sicherer zu machen.

Neben konkreten Forderungen an Politik und Wirtschaft, insbesondere aber an die Finanzwirtschaft, rückt der Autor vor allem die vielen tausend Kollegen und Kolleginnen in den Banken und Sparkassen in den Mittelpunkt, die im Gegensatz zu manchen Spitzenverdienern in den Führungsetagen keine Verantwortung für die Finanzkrise tragen: „Die Banken und Sparkassen in Deutschland wurden und werden, auch wenn in den Medien ein zum Teil anderes Bild gezeichnet wird, eben nicht ausschließlich von Investmentbankern oder Managern



mit Gehältern und Boni ‚jenseits von Gut und Böse‘ geprägt, sondern in allererster Linie von überwiegend tarifgebundenen Kredit-sachbearbeitern, Kundenberatern oder dem klassischen ‚Schalterbeamten‘. Und weiter: „Die breite Mehrheit der Beschäftigten in Banken und Sparkassen darf nicht ohne Weiteres für das Versagen des Managements in Mithaftung genommen werden.“ ■

*Thorsten Kiwitz,  
Sprecher des Arbeitskreises Banken  
und Sparkassen der CDA Deutsch-  
lands*

Den vollständigen Beitrag finden Sie auf unserer Homepage:  
➔ [www.cda-bund.de/  
politik-programm/thesenpapiere/  
finanzmarktkrise.html](http://www.cda-bund.de/politik-programm/thesenpapiere/finanzmarktkrise.html)

## Beschäftigungschancengesetz

### Verbesserte Arbeitsmarktchancen für Jugendliche, Alleinerziehende und ältere Arbeitslose



190.000 Jugendliche sind SGB II-Empfänger, 640.000 sind allein erziehend und 550.000 über 55 Jahre alt – diese Personengruppen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, ist eines der ehrgeizigen Ziele, die wir mit dem Beschäftigungschancengesetz erreichen wollen und mit dem wir einen klaren Schwerpunkt in der Arbeitsmarktpolitik setzen.

Gerade für Jugendliche ist es wichtig, dass sie sich gar nicht erst an Arbeitslosigkeit gewöhnen, sondern dass durch konsequentes Fördern, Fordern und Motivieren vom Anfang ihres Berufslebens an eine nachhaltige Wirkung für die Betroffenen selbst, aber auch generell für den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft erzielt wird. Darum sollen junge Menschen in Zukunft binnen sechs Wochen einen

Job, einen Ausbildungsplatz oder eine anderweitige Beschäftigung angeboten bekommen, durch die sie auf Dauer Zugang zum Berufsleben bekommen.

Wir wollen uns außerdem nicht mit der Tatsache abfinden, dass fast jede zweite Alleinerziehende in Langzeitarbeitslosigkeit ist, obwohl sie genauso qualifiziert ist wie andere. Auch Alleinerziehenden sollen daher durch besondere Anlaufstellen sowie Angebote und Unterstützungsnetzwerke bessere Möglichkeiten geboten werden, um Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren.

Schließlich kümmern wir uns auch darum, dass die Chancen, eine Beschäftigung zu finden, für ältere Arbeitssuchende wieder steigen. Unter anderem werden wir die „Initiative Perspektive 50+“ flächendeckend ausbauen, um gerade ältere Arbeitssuchende stärker zu aktivieren.

Schon heute sind viele Unternehmen auf der Suche nach Fachkräften. Freie Stellen können nicht besetzt werden, weil die passenden Bewerber fehlen. Wir stehen aber erst am Anfang der konjunkturellen Erholung und darum dürfen wir keinen Menschen verloren gehen lassen. Das ist wichtig für die Unternehmen, das ist vor allem aber auch für die Menschen selbst wichtig. Schließlich ist es unsere Aufgabe, den Menschen zu helfen und sie wieder in die Lage zu versetzen,

mit ihrer eigenen Hände und ihres eigenen Kopfes Arbeit den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien zu verdienen. ■

*Karl Schiewerling,  
Vorsitzender der Arbeitsgruppe  
Arbeit und Soziales der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion und Mitglied im  
CDA-Bundesvorstand*



### DGB-Kongress

Auf dem 19. Bundeskongress in Berlin wurde Ingrid Sehrbrock erneut zur stellvertretenden DGB-Bundesvorsitzenden gewählt. Sie erhielt im ersten Wahlgang 60,7 %. Die Tatsache, dass eine Christdemokratin in einem sozialdemokratisch, links- und grüneprägten Umfeld von Delegierten über 60 % der Stimmen erhält, ist nicht zu unterschätzen. Gleichwohl haben sich nach diesem Wahlergebnis viele Delegierte peinlich berührt, enttäuscht geäußert und deren gute Arbeit der letzten Jahre ausdrücklich anerkannt. ■

## „Sozialpolitik in der Bewährung“ Jahrestagung des Stegerwald-Bundes in Königswinter



Albert Keil

Der Vorsitzende des Stegerwald-Bundes Albert Keil begrüßte vom 10. bis 12. Mai die Mitglieder des Stegerwald-Bundes zu ihrer Jahrestagung im AZK in Königswinter. Der inhaltliche Schwerpunkt der Tagung lag auf der aktuellen Sozialpolitik der schwarz-gelben Koalition.

Nachdem Karsten Matthis als Hausherr in seiner Begrüßung kurz die Arbeit des AZKs geschildert hatte, referierte der Hauptgeschäftsführer der CDA, Martin Kamp, über die aktuelle Sozialpolitik. Er schlug den Bogen von einer kurzen Analyse des Wahlergebnisses in Nordrhein-Westfalen über die Situation innerhalb der Partei bis hin in zur Finanz- und Wirtschaftskrise. „Was kommt denn da noch? Die Regierung hat



Martin Kamp spricht über die aktuelle Sozialpolitik

gehandelt. Das ist richtig. Aber das reicht noch nicht. Das alles gibt keine Antwort auf die Frage, wie wir wirtschaften wollen“, sagte Kamp. Hinsichtlich der Griechenlandfrage forderte Kamp: „Wir müssen den Europaskeptikern jetzt entgegen-treten. Wir brauchen mehr Europa! Nicht weniger. Die CDU muss sich zu ihrer proeuropäischen Haltung mehr bekennen.“

Kamp benannte sozialpolitische Erfolge, die sich auch die CDA selbstbewusst auf ihre Fahnen schreiben dürfe: Der Hauptgeschäftsführer zeigte aber auch noch Handlungsbedarf auf. Die zentralen politischen Fragen der Zukunft lauten: Wie sanieren wir die öffentlichen Haushalte, wie wollen wir Arbeit

organisieren, welche Lösungen gibt es für den demografischen Wandel? In der anschließenden Diskussion forderten Horst Enneper, Ralf Lindemann, Hans Ludwig, Joachim Hendricks, Kurt Martin und Jochen Naumann mit unterschiedlichen Nuancen, dass sich die CDA innerhalb der Partei mehr zu Wort melden und deutlicher ihre Standpunkte vertreten sollte.

Zum Abschluss ihrer Jahrestagung diskutierten die Mitglieder des Stegerwald-Bundes ein Positionspapier zur Gesundheitspolitik (Näheres in der kommenden Ausgabe der SO!). Das Treffen des Stegerwald-Bundes diente aber auch der persönlichen Begegnung unter alten Freunden und dem Gedankenaustausch. ■

## Namen und Nachrichten



+++ Der nordrhein-westfälische CDA-Landesvorsitzende und parlamentarische Staatssekretär **Ralf Brauksiepe** war im März zu Gast in Sachsen. Er sprach auf einem Forum zum Thema Ausbildung, wozu die Junge CDA, die Junge Union sowie die CDA Sachsen eingeladen hatten. **Dennis Radtke**, Bundesvorsitzender der Jungen CDA, beklagte die hohe Zahl junger Menschen, die in Leiharbeit beschäftigt seien. Leiharbeiter sollten den gleichen Lohn wie die Stammbesatzung erhalten. Unbezahlte mehrmonatige Praktika nähmen zu. Der Gesetzgeber müsse hier Schranken setzen, forderte Radtke. +++

**equal  
pay  
day,-**

+++ Mit einer Aktion begleiten die Frauen in der CDA Baden-Württemberg den Equal Pay Day am 26. März 2010. Alle weiblichen Mitglieder der CDA in Baden-

Württemberg hatten eine rote Tasche zugeschickt bekommen und sollten mit dieser am Equal Pay Day zur Arbeit zu gehen. **Beate Schneller**, Landesvorsitzende der Frauen in der CDA, fordert auf, die Ungleichbehandlung zwischen Männern und Frauen zu beseitigen. Die CDA-Frauen appellieren aber auch an junge Frauen, Berufe in den so genannten „Männerdomänen“ zu ergreifen. Es sei daher gut, so Schneller, dass es den Equal Pay Day gäbe und Frauen mit roten Taschen deutlich machen würden, dass sie für Entgeltgleichheit einstehen. +++

+++ Die CDA Saarbrücken-Stadt lud gemeinsam mit der Frauen-Union Arbeits- und Frauenministerin **Annegret Kramp-Karrenbauer** am 23. April 2010 zur Diskussion zum Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ein. Einigkeit herrschte zwischen der Ministerin und der CDA-Kreisvorsitzenden **Martina Stabel-Franz**: „Es geht nicht nur darum, Familie und Erwerbstätigkeit zu vereinbaren, sondern auch die Personalpolitik auf das Thema ‚Karriere und Familie‘ auszurichten. Unbefriedigend und ausbaufähig ist auch die aktuelle Anzahl von Frauen auf Minister- und Staatssekretärebene im Saarland. Am 8. Mai 2010 waren die CDA, die FU und die Ministerin selbstverständlich auch beim traditionellen DGB Frauenfrühstück und der anschließenden Stadtaktion in Saarbrücken vertreten, denn auch außerhalb des Wahlkampfes ist es selbstverständlich, Flagge zu zeigen. +++

+++ Die CDA Ortenau wählt den 22-jährigen **Jörg Zähringer** mit überragendem Zuspruch zum neuen Vorsitzenden. Der CDA-Landesvorsitzende Bäumler ist sehr stolz darauf, mit ihm in Baden-Württemberg Deutschlands jüngsten CDA-Kreisvorsitzenden zu haben. Neben Zähringer gehören dem neuen Vorstand an: **Richard Basler**, **Valentin Weber** (stv. Vorsitzende), **Josef Meier** (Schriftführer) und **Du-bravko Mandic** (Pressereferent). Als Beisitzer wurden **Alois Junker**, **Djahan Salar**, **Heinz Schillinger**, **Margot** und **Willy Wagner** gewählt. +++

+++ In einer zweistündigen lebendigen Diskussion unter Leitung des CDA-Kreisvorsitzenden **Jürgen Belz** (Philippsburg) erörterten Teilnehmer der Jahreshauptversammlung der CDA im Landkreis Karlsruhe mit **Christian Bäumler** aktuelle sozialpolitische Themen wie Rente oder Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung. +++



+++ Der Bundeswahlbeauftragte für Sozialversicherungswahlen, **Gerald Weiss**, besuchte am 24. März nicht nur den Saarländischen Landtag, sondern tauschte sich mit dem geschäftsführenden CDA-Landesvorstand **Adalbert Ewen**, **Egbert Ulrich** und **Martina**

**Stabel-Franz** aus. Die Erhöhung der Teilnahme der Versicherten an den nächsten Sozialwahlen am 1. Juni 2011 benötigt noch ein hohes Maß an Aufklärung und Information, damit die Versicherten ihre Post mit ihren Wahlunterlagen im kommenden Jahr auch ausfüllen und zurücksenden werden, so die Gesprächspartner. Die Sozialversicherungswahlen gehörten neben den Bundestags- und Europawahlen, gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten, zu den größten Wahlen in Deutschland. +++



+++ Unter dem Titel „Teilhabe. Zusammenhalt. Sicherheit. Für eine gute Zukunft in Nordrhein-Westfalen“ fand am 17. April in Hürth-Knapsack die 25. Landestagung der CDA Nordrhein-Westfalen statt. In seiner Rede machte **Jürgen Rüttgers** deutlich, dass Nordrhein-Westfalen am 9. Mai vor einer Richtungswahl stehe. Es ginge um Stabilität und Sicherheit mit der CDU oder Chaos mit Rot-Rot-Grün. Auch der CDA-Landesvorsitzende **Ralf Brauksiepe MdB** zeigte sich kämpferisch: „Wir haben allen Grund, auch als CDA stolz auf das in den vergangenen fünf Jahren Erreichte zu sein. Es hat sich viel getan im Land und im Bund und auch in Zeiten der Krise zeigen CDU und CDA, dass sie für ein stabiles Nordrhein-Westfalen anpacken können



### Glückwunsch, Regina!

Sie ist eine kämpferische Gewerkschafterin und eine couragierte Politikerin, vor allem aber ist sie eine in der Wolle gefärbte Christlich-Soziale. Als „schwarze“ Achtundsechzigerin begann sie zum Wintersemester 1968 /1969 ihr Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften an der Ruhr-Uni Bochum. Auch wenn die größte Welle der Studentenproteste da bereits abgeebbt war, engagierte sie sich doch in der Hochschulpolitik - und war als CDU-Mitglied fast schon ein Unikum. Sie hat einige Jahre an der Uni gearbeitet, wurde 1984 mit einer Arbeit zur spätmittelalterlichen Wirtschafts- und Sozialgeschichte promoviert. An der Seite der damaligen Gesundheitsministerin und späteren Bundestagspräsidentin **Rita Süsmuth** focht sie von 1985 bis 1989 als deren persönliche Referentin für eine liberale Aidspolitik und in der CDA, deren Bundesvorstand sie seit 1981 angehörte, setzte sie die erste Frauenquote mit durch. Nach einem kurzen Abstecher zur ÖTV in Hessen gehörte sie fast ein Jahrzehnt, von 1990 bis 1999, dem geschäftsführen-

den DGB-Bundesvorstand an. 1999 holte **Peter Müller** sie als Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales ins Saarland. Seit 2005 ist sie Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand der IG Metall. Wie schon beim DGB, so ist sie auch bei der IG Metall für Jugend, Bildung und Qualifizierung zuständig. Sie ist auch Mitglied im CDU-Bundesvorstand. Sie streitet für Arbeitnehmerrechte, für Mitbestimmung und Tarifautonomie, für „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit. Sie ist die „Schwarze“ in den Gewerkschaften und in der CDU die Gewerkschafterin. Konflikte geht sie nicht aus dem Weg. Aber gerade weil sie in der Gewerkschaft und in der Union verankert ist, vermag sie es in besonderer Weise, immer wieder unterschiedlichen Menschen, Positionen und Interessen zusammenzuführen. Sie selbst hat einmal gesagt: „Unser Standort ist zwischen allen Stühlen und da sind wir genau richtig.“ Am 27. Mai ist sie 60 Jahre alt geworden. Wir danken ihr für ihr Engagement und hoffen, dass wir noch viele Jahre mit ihr zusammenarbeiten dürfen. Herzlichen Glückwunsch, **Regina Görner!**

## Glückwunsch, Heribert!

Bereits am 8. März wurde Heribert Scharrenbroich 70. Für die Durchsetzung der christlich-sozialen Idee bekleidete Scharrenbroich national und international nahezu alle wichtigen Ämter. Dabei lernte er den Betrieb von der Pike auf kennen. Er begann seine berufliche Laufbahn 1968 als gesellschaftspolitischer Referent und Redakteur der Sozialen Ordnung. Nach einem Gastspiel bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, für die er vor allem in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in Lateinamerika tätig war, war er von 1977 bis 1985 Hauptgeschäftsführer der CDA. Er zog 1985 in den Bundestag ein, fungierte dort von 1987 bis 1994 als Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe. Dabei gab er das ein oder andere für den damaligen Kanzler **Helmut Kohl** unbequeme Interview und trug somit zur Profilierung der Arbeitnehmergruppe bei. Im Jahr 1992 wurde er Vorsitzender der Internationalen Christlichen Demokratischen Arbeitnehmerschaft (ICDA) und Vorstandmitglied der Christlich-Demokratischen Internationale (ICD). Zwei Jahre später wurde er stellvertretender Bundesvorsitzen-



der der CDA. Im gleichen Jahr 1994 wurde Scharrenbroich Staatssekretär im Bundesministerium für Familie und Senioren, das nach der Kabinetttumbildung im November 1994 um die Ressorts Frauen und Jugend erweitert wurde. Von 1996 bis 2000 leitete er das Regionalamt für Europa und Zentralasien der Internationalen Arbeitsorganisation. Heute ist der ehemalige CDU-Sozial- und Entwicklungshilfepolitiker Vorstandsvorsitzender der internationalen Hilfsorganisation CARE Deutschland-Luxemburg e.V. Scharrenbroich erhielt 1985 das Bundesverdienstkreuz am Bande und 1996 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Herzlichen Glückwunsch!

und wollen!“ **Karl-Josef Laumann**, der CDA-Bundesvorsitzende und Arbeits- und Sozialminister von Nordrhein-Westfalen, zählte die Erfolge der Landesregierung und seine ganz persönlichen Erfolge als Minister in den vergangenen Jahren auf. Er nannte unter anderem

den Branchendialog, das Verhalten der Sozialpartner in der Krise und die Stärkung der Ausbildungsbereitschaft. „Wir sind Vorbild für den Bund!“, stellte er mit Hinweis auf wichtige Entscheidungen der Bundesregierung heraus, die von Rüttgers und ihm mit angestoßen

worden waren. Laumann machte auch noch einmal deutlich, dass bei Rot-Grün immer auch die Linkspartei als blinder Passagier mit in einem möglichen Regierungsboot säße. +++



+++ CDU Sozialausschüsse Ravensburg ehrt CDA-Urgestein **Konrad Kolb** aus Wangen im Allgäu. Insgesamt 15 Jahre war Konrad Kolb aus Wangen stellvertretender Vorsitzender der CDA im Kreis Ravensburg. Um die Verdienste von Konrad Kolb zu würdigen, waren sowohl der Bezirksvorsitzende Klaus May als auch der CDA-Landesvorsitzende **Christian Bäumler** nach Amtzell angereist. +++



+++ Die CDA/DGB-AG Baden-Württemberg diskutierte mit **Regina Görner** über die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise und die aktuelle Arbeitsmarktpolitik im Ver.di Haus in Stuttgart. Der Landesvorsitzende **Andreas Ziegler** freute sich, vor allem viele

Teilnehmer aus dem gewerkschaftlichen Bereich zu dieser Veranstaltung begrüßen zu können. Regina Görner forderte, aus der Krise die richtigen Lehren zu ziehen eine Strategie für die nächste Krise aufzubauen. Görner erklärte weiter sie könne es aus betriebswirtschaftlicher Sicht verstehen, wenn Arbeitgeber zukünftig noch mehr Leiharbeitskräfte einstellen wollen, gleichzeitig warnt sie aber ganz deutlich davor, dass diese Arbeitskräfte kaum qualifiziert werden und genau diese Entwicklung langfristig zum falschen Ziel führt. Sie plädierte dafür, dass die Kosten für Leiharbeiter über den Durchschnittskosten eines entsprechend angestellten Arbeitnehmers liegen müssten. +++



+++ Die CDA Münster wählte am 14. April 2010 in ihrer Mitgliederversammlung einen neuen Kreisvorstand. Als Vorsitzender steht **Peter Frings** dem Kreisverband vor. Unterstützt wird er hierbei durch seinen Stellvertreter **Tino Stöveken**, den Schatzmeister **Klaus Borchert** sowie Schriftführerin **Dr. Ingrid Richter**. Als Beisitzer komplettieren **Gaby Comos-Aldejohann**, **Renate Sölken**, **Philipp Bembenek**, **Egbert Ehring**, **Robert Erpenstein**, **Werner Ringkamp** und Ratsherr **Florian Steinforth** den Kreisvorstand. Ein großer Dank

ging an Robert Erpenstein für sein 10-jähriges Engagement als Kreisvorsitzender. „Der Name Erpenstein eilte der CDA Münster über die Bezirksgrenzen hin voraus“, so CDA-Bezirkssekretär **Martin Arnst**. +++



+++ Bei strömenden Regen am 1. Mai 2010 packte die CDA Saarbrücken und Saar ihre orangefarbenen Schutzschirme für Arbeit und Soziales aus. CDA Kreisvorsitzende **Martina Stabel-Franz**, Landesvorsitzender **Egbert Ulrich** und ihre zahlreichen Mitstreiter wurden u.a. von der saarländischen Arbeitsministerin **Annegret Kramp-Karrenbauer**, ihrem Staatssekretär **Martin Karren**, dem Fraktionsvorsitzenden im saarländischen Landtag **Klaus Meiser** und der CDU-Bundestagsabgeordneten **Annette Hübiniger** begleitet. +++

+++ CDA-Bundesvorstandsmitglied **Rainer Bensch** hat beim Sozialverband Deutschland (SoVD) eine wichtige Funktion übernommen: Seit April ist der ehemalige bremische CDA-Landesvorsitzende Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses (SPA) beim SoVD-Landesverband Bremen. Mit 11.500 Mitgliedern ist der SoVD in Bremen überproportional stark vertreten und umfasst mehr Mitglieder als alle politischen Parteien zusammen. Ein herausragendes Amt im

vorpolitischen Raum, das der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete mit „christlich-sozialem Antlitz“ ausüben will. +++



+++ Der CDA-Landesverband Bremen hat eine neue Führung: Nach 8 Jahren Landesvorsitz durch **Rainer Bensch** führt nun **Marco Eilers** den Landesverband Bremen an. Der 32-jährige Diplom-Sozialpädagoge ist beruflich als Arbeitsvermittler tätig und führt in der Hansestadt einen großen CDU-Stadtbezirksverband an. Zur neuen CDA-Führung gehört auch **Bernhard Siepker**, der ehrenamtlich als neuer Landessozialsekretär fungiert. Bernhard Siepker ist seit Jahrzehnten aktiv im Katholischen Arbeitnehmerbund (KAB) tätig und „brennt“ darauf, die Mitgliederzahlen im nördlichen Landesverband weiter nach oben zu bringen. +++

+++ Einen Neuanfang in der Gesundheitspolitik fordern die CDU-Sozialausschüsse (CDA) Baden-Württemberg und die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium **Annette Widman-Mauz**. Grundlage der Diskussion waren das Gesundheitskonzept der CDU-Sozialausschüsse, umstritten die Einführung einkommensunabhängiger Beiträge zur gesetzlichen ▶



Krankenversicherung. Wer die Arbeitgeber aus der Verantwortung für die Finanzierung der Gesundheit entlässt, stärkt die Position der Lobbyisten“, kritisiert der Landessvorsitzende der CDU-Sozialausschüsse **Christian Bäumler**. +++

+++ Die CDA Thüringen führte am 20. März 2010 ihre 10. Landestagung unter dem Motto: „CDU – noch Volkspartei?“ in Erfurt durch. Als Gastrednerin warb die Thüringer CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsidentin **Christine Lieberknecht** für eine Politik nahe am Menschen, die Bewährtes und Neues vereint und ging dabei auf die wichtige Rolle der Vereinigungen ein. Gleichzeitig wurde ein neuer CDA-Landesvorstand gewählt. **Gustav Bergemann** (Kittelsthal) wurde für die nächsten 2 Jahre mit 100 % der abgegebenen Stimmen im Amt des Landesvorsitzenden bestätigt. Stellvertretende Landesvorsitzende wurden **Martin Fischer** (Worbis) und **Ullrich Walter** (Weimar). **Gerhard Päselt** (Wandersleben) wird auch weiterhin als Schatzmeister tätig sein und **Beate Heß** (Schmerbach) als Schriftführerin. +++

+++ Die CDA Lünen ehrte **Karl Heuser** für 60 Jahre CDA-Mitgliedschaft. Heuser war langjähriger Betriebsrat der Zeche Victoria. Außerdem ist Heuser 50 Jahre Mitglied der CDU und 70 Jahre Mitglied der IGBCE. +++

## Glückwunsch, Horst!

Politisch angefangen hat für **Horst Enneper** alles mit einer Beinahe-Verhaftung. Im Jahr 1957 war **Konrad Adenauer** zu Besuch in Wipperfürth – und Enneper wollte ihm die Hand reichen. Dass er dabei beinahe vom Sicherheitsdienst festgenommen worden wäre, änderte nichts an der anschließenden politischen Laufbahn: Enneper trat am 1. August 1957 in die CDA und in die CDU ein und blickt nun auf 50 Jahre Mitgliedschaft zurück. Von 1965 bis 2005 war ein Bezirkssozialsekretär der CDA Nordrhein-Westfalen. Sein Beruf als CDA-Sozialsekretär war für ihn stets mehr als bloß ein Job. Er war stets Überzeugungstäter für die christlich-soziale Sache – und ist es bis heute. Als christlich-sozialer Überzeugungstäter ist er gewiss auch bisweilen unbequem, denn er pflegt dort, wo unsere Grundwerte und Grundüberzeugungen zu wenig Beachtung finden, den Finger in die Wunde zu legen. Aber gerade dafür möchten wir ihm anlässlich seines Geburtstages ein herzliches Dankeschön sagen. Bei aller Grundsatztreue war und ist Horst Enneper ein Mann des Ausgleichs. Sein Engagement in den

+++ Der Stand der CDA auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag in München war gut besucht. Die Hauptamtlichen führten intensive Gespräche mit vielen Kirchentagsbesuchern. Am Stand fand sich auch Prominenz ein: Thüringens Ministerpräsidentin **Christine Lieberknecht**, ihr Vorgänger Ministerpräsident a.D.



unterschiedlichen Bereichen und Ehrungen zeugen davon gleichermaßen. Dass er als CDU-Mitglied im Jahre 2008 die Hans-Böckler-Medaille des DGB erhalten hat, macht deutlich, dass er Brücken zwischen Christdemokraten und Gewerkschaften gebaut hat. Sein langjähriges kommunalpolitisches Engagement – als Ratsmitglied, als Kreistagsabgeordneter, als Fraktionsvorsitzender im Stadtrat und nun als 1. Stellvertretender Bürgermeister in Radevormwald – belegt eindrucksvoll, dass er gerade als Christlich-Sozialer in die CDU hineinwirkt und im Sinne der Menschen in unserem Gemeinwesen gestalten will. Darüber freuen wir uns besonders. Wir wünschen Dir zu deinem 70. Geburtstag am 17. April Gesundheit, persönliches Glück und Gottes Segen.

**Bernhard Vogel**, Staatsministerin **Maria Böhmer**, Staatsminister **Thomas Rachel**, die stellvertretende Fraktionschefin **Ingrid Fischbach**, der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe **Peter Weiß**, der Parlamentarische Staatssekretär im BMAS **Ralf Brauksiepe** sowie weitere Bundestagsabgeordnete. +++

## Der persönliche Fragebogen der Sozialen Ordnung

### Heute: Alexander Krauß

#### 1. Wieso bist Du in der CDA?

„Weil mir die soziale Gerechtigkeit wichtig ist und die Politik gerade auch für jene Menschen da sein sollte, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.“

#### 2. Worüber, worauf freust Du Dich?

„Ich freue mich auf die gemeinsame Zeit mit meinem Sohn Josua.“

#### 3. Was gibt Dir Kraft?

„Das Lesen der Bibel, das Gebet und der Gottesdienst geben mir Kraft.“



**Alexander Krauß** (34) ist verheiratet und hat einen Sohn. Er ist sozial- und arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses in Sachsen. Nach dem Studium der Politikwissenschaft, der Kommunikations- und Medienwissenschaften sowie der evangelischen Theologie in Leipzig und Prag arbeitete er für die Stadtmission Zwickau, einem großen Wohlfahrtsverband.

#### Mehr Informationen:

> [www.alexander-krauss.com](http://www.alexander-krauss.com)

#### 4. Wovor hast Du Angst?

„Dass wir die Staatsverschuldung in Deutschland nicht in den Griff bekommen.“

#### 5. Dein Buch-Tipp?

„Bischof Reinhard Marx, Das Kapital: Eine Streitschrift.“

#### 6. Welche Website empfiehlst Du zum Reinklicken?

„www.fc-erzgebirge.de (unser Drittligist FC Erzgebirge Aue spielt vielleicht bald wieder in der 2. Liga!).“

#### 7. Welche Musik hörst Du am liebsten?

„Ich mag es ruhig: Lieder von Paul Gerhardt.“

#### 8. Dein Leibgericht?

„Palatschinken“

#### 9. Mit welchem Promi würdest Du Dich gern einmal in Ruhe unterhalten?

„Mit dem Papst.“

#### 10. Und mit wem würdest Du gern mal einen Tag tauschen?

„Mit einem Fischer auf der Ostsee.“

#### 11. Du hast unverhofft drei Stunden frei. Wie verbringst Du die Zeit?

„Mit ein paar Tageszeitungen und Büchern setze ich mich auf mein Sofa.“

#### 12. Wo möchtest Du – außer in Deiner derzeitigen Heimat – gern leben?

„In Prag.“

#### 13. Welche Vorbilder hast Du – in der Geschichte und in der Gegenwart?

„Jesus Christus (im Gegensatz zu ihm bin ich aber nicht vollkommen).“

#### 14. Was ist Dein größter (politischer) Erfolg?

„Politische Erfolge sind meistens Gemeinschaftsleistungen. Ich bin froh darüber, dass bei uns in Sachsen Politik für Arbeitnehmer und für Menschen, die sozial benachteiligt sind, gemacht wird.“

#### 15. Die größte Ungerechtigkeit: Was ist nicht sozial? Was ist nicht in Ordnung?

„Unsozial ist: Wenn jemand, der arbeitet, der Dumme ist. Unsozial ist es auch, wenn wir auf Kosten unserer Kinder leben.“

#### 16. Du darfst allein über die Verwendung von 1 Milliarde Euro aus dem Bundeshaushalt entscheiden. Wofür gibst Du das Geld aus?

„Für Familien.“

#### 17. Dein Lebensmotto?

„Man kann aus unserer Welt kein Paradies machen, aber wir können sie ein bisschen besser machen.“ ■

# WEG MIT RABATT- VERTRÄGEN!\*

- \* Rabattverträge sind schlecht für die Patienten.
- \* Rabattverträge zerstören die zukünftige Generikaversorgung.
- \* Rabattverträge sind innovationsfeindlich.

WIR HABEN DIE ALTERNATIVE: [www.progenerika.de](http://www.progenerika.de)

